Dienstag, den 18. September 1928 — Einzelnummer 10 Pfennig — 39. Jahrgang — Nr. 220

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 12, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 3852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

# Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie

## Das starke Anwachsen der Partei — Der Mieterschutz — Heimwehren — Steuerfragen

**Wien, 15. September.** (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Parteitag der Oesterreichischen Sozialdemokratie erstattete der Parteisekretär Abgeordneter Skaret am Sonnabend vormittag den Tätigkeitsbericht der Parteivertretung. Er verwies auf den großen Umschwung der Partei und stellte fest, daß der 15. Juli der Partei durchaus nicht geschadet hat. Im ersten Halbjahr 1928 habe die Partei einen Zuwachs von 34 966 männlichen und 3500 weiblichen Mitgliedern, zusammen also von 38 466 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Zahl der männlichen Bevölkerung zwischen 20 und 70 Jahren betrage in Oesterreich etwa 2 Millionen; davon seien 25 Prozent sozialdemokratisch organisiert.

Dem Bericht folgte das Referat Dr. Bauers über den Mieterschutz. Er stellte fest, daß der Abbau des Mieterschutzes von der Arbeiterschaft und von der ganzen österreichischen Volkswirtschaft nicht getragen werden könne. Es sei jetzt nicht möglich, auf dem Parteitag die weitere Taktik festzulegen, die Partei möge zu den Abgeordneten wie bisher das Vertrauen haben, daß sie an jedem Ort und zu jeder Stunde das tun würden, was gerade zu tun sei. **Der Bevölkerung gegenüber könne die Partei die Erklärung abgeben, daß sie die Versprechungen, die sie gegeben habe, auch erfüllen werde.** Jedenfalls werde der Erfolg des Kampfes im Parlament abhängig sein von dem Echo, das er in den breiten Massen des Volkes finden werde. Bauer legte dann eine Resolution vor, die in eingehender Weise die Schäden des Abbaues des Mieterschutzes enthält. Alle Organisationen würden mit der Möglichkeit rechnen, daß das deutschösterreichische Volk schon in kurzer Zeit zu **der endgültigen Entscheidung über die künftige Entwicklung des Wohnungswesens** berufen sein werde.

Wörtlich heißt es in der Entschließung weiter: „Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der Bevölkerung darauf, daß die Heimwehren in den letzten Wochen immer wieder gedroht haben, die parlamentarischen Beratungen über den Mieterschutz unter ihre Gewalt zu stellen. Er stellt fest, daß sich die Heimwehren selbst damit demaskiert haben, nicht nur **als faschistische Feinde des demokratischen Parlamentarismus**, sondern vor allem auch als Sturmtrupp gegen den Mieterschutz. Der Parteitag macht ferner darauf aufmerksam, daß es **offenbar Absicht der Heimwehren ist, gewaltsame Zusammenstöße zu provozieren**, um die Aufmerksamkeit der Volksmassen von den Kämpfen um den Mieterschutz abzulenken und, falls über den Mieterschutz im Wahlkampf entschieden werden sollte, den Wahlkampf im Zeichen des Terrorgeschreies durchzuführen, und dadurch die Entscheidung des Volkes zu verfälschen. Angesichts dieser Manöver der faschistischen Söldlinge des Spekulationskapitals fordert der Parteitag die Arbeiterschaft auf, sich von den Faschisten nicht einschüchtern, aber auch nicht provozieren zu lassen!"

In der Debatte, die den ganzen Nachmittag dauerte, kam einmütig die Entschlossenheit zum Ausdruck,

**den Mieterschutz nicht antasten zu lassen.**

Lorsch, der Sekretär des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes, stellte fest, daß der Abbau des Mieterschutzes die österreichische Volkswirtschaft in unaufhörliche Lohnkämpfe stürzen müsse. Dr. Renner legte dar, daß diese periodischen, jedes Jahr wiederkehrenden Kämpfe der Arbeiter, aber auch der Beamten, von der Volkswirtschaft nicht ertragen werden könnten. Der Vertreter der Wiener-Neustädter Arbeiter legte dar, daß die Neustädter keine Angst vor dem Aufmarsch der Heimwehren am 7. Oktober hätten und die Drohung, daß er eine Vorprüfung für den Marsch auf Wien sei, nicht fürchteten. Da aber die Arbeiter aufs äußerste erregt seien, sei der Beschluß gefaßt worden, für den 7. Oktober einen Arbeitertag nach Wiener-Neustadt einzuberufen, um für disziplinierten Protest zu sorgen.

**Wien, 16. September.** (Eig. Bericht.) In der Sonntagssitzung des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratischen Partei referierte Dr. Dannenberg über den Kampf um die Ausgabenteilung. Er verwies darauf, daß die Regierung, vornehmlich um die Wohnungsbaupolitik der Gemeinde Wien und der Industriegemeinden zu verhindern, eine neue Aufteilung der Steuern plane. Den Industriegemeinden werden dadurch 50 Millionen Schilling, darunter der Gemeinde Wien allein 23 Millionen Schilling, das sind etwa 15 Millionen Mark, entzogen, um sie den agrarischen Ländern zu geben. Der Parteitag nahm nach einer kurzen Debatte eine Resolution an, in der dieses Attentat als ein Schlag gegen den Sozialismus bezeichnet wird.

Anschließend erstattete Eldersch, der zweite Präsident des Nationalrats, das Referat über Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung. Er verlangte eine Resolution, in der gefordert wird, daß endlich die Alters- und Invalidenversicherung, die bereits auf dem Papier steht, in die Praxis umgesetzt wird, ferner die Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und vor allem der Hausgehilfinnen in die Arbeitslosenversicherung. Die Debatte darüber soll am Montag fortgesetzt werden. Der bisherige Parteivorstand wurde wiedergewählt.

* * *

**Wien, 17. September.** (Eig. Drahtbericht). Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wurde am Montag geschlossen. Die zur Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen. Angenommen wurde außerdem eine Entschließung, in welcher der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten aufgefordert wird, den Kampf um eine gesetzliche Festlegung des Pächterschutzes energisch weiter zu führen, damit der Schutz der Pächter zu einem dauernden Bestandteil des bürgerlichen Rechts gemacht werde.

In seiner Schlußrede verwies der Vorsitzende Bürgermeister Seitz darauf, daß die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs ihre Erfolge vor allem der Einigkeit verdanke: „Es sind gerade 40 Jahre her, seitdem Viktor Adler die Einigung der damals gespaltenen, sich im Bruderkampf zerfleischenden Parteien durchführte, die dann auf dem Parteitag in Hainfeld beschlossen wurde. Die bürgerlichen Parteien versprechen sich bei jeder Diskussion und bei jedem Parteitag den Beginn einer neuen Spaltung. Wenn auch Differenzen über taktische Fragen selbstverständlich immer vorhanden sind und auch über die Einzelheiten des Mieterschutzes und der Abgabenteilung vorhanden waren, so werden diese immer, sei es vor dem Parteitag, sei es auf dem Parteitag, in brüderlicher Weise ausgeglichen, so daß die Partei immer einig und diszipliniert gegen die Gegner vorgehen kann. Auch diesmal wird die Partei einig gegen die Anschläge der Gegner vorgehen."

Die neugewählte Parteivertretung wählte nach der Beendigung des Parteitages den Bürgermeister Seitz zu ihrem Vorsitzenden. Stellvertreter wurden Tomschick und Bauer. Als Parteisekretäre wurden Skaret, Deutsch, Danneberg und Speiser gewählt.

## Der Stahlhelm republikfeindlich

Der Haßbotschaft des Brandenburgischen „Stahlhelm" gegen die Republik und ihre Repräsentanten hat sich der zweite Bundesvorsitzende dieser Organisationen am Sonntag in einer Rede in Prenzlau für die Bundesleitung angeschlossen. Düsterberg erklärte, daß die Botschaft „programmäßig für den ganzen Stahlhelm gilt".

Damit ist endlich die notwendige Klarheit geschaffen. Wer diesen Staat haßt, hat in seiner Verwaltung nichts zu suchen: Heraus mit den Stahlhelmern aus den Aemtern der Repubik! Der Anfang muß mit Hindenburg gemacht werden, wenn er nicht sofort die Ehrenmitgliedschaft niederlegt. Längeres Beibehalten dieser Ehrenmitgliedschaft würde eine Verletzung seines Verfassungseides bedeuten.

## Die Schweiz gegen Mussolinis Spitzel

**Aushebung eines faschistischen Spionagedienstes im Kanton Tessin**

**Basel, 17. September.** Von der Polizei in Lugano ist im Kanton Tessin im Zusammenhang mit den Nachforschungen in der Angelegenheit Rossi ein regelrechtes Spionagenest ausgehoben worden. Die Polizei verhaftete zunächst einen gewissen Marzorati, in dem sie das Haupt einer Kokain-Schmugglerbande vermutete. Es stellte sich aber heraus, daß man es bei dem Verhafteten mit dem Chef eines Spionagedienstes zu tun hatte, der den Auftrag hatte, gewisse italienische und andere Personen in Tessin zu beobachten und die italienische Polizei über ihre Tätigkeit zu unterrichten. Der Verhaftete entpuppte sich als der in Bern wohnende Sante Vezzari. Er ist Faschist und gleichzeitig auch Inseratensammler der „Squilla Italia", einer ultrafaschistischen Zeitung in der Schweiz. Ferner wurde ein gewisser Vernicci verhaftet, der jedoch nach Hinterlegung einer Kaution durch einen Luganeser Rechtsanwalt wieder in Freiheit gesetzt wurde. In die Angelegenheit soll noch ein weiterer Luganeser verwickelt sein, der an Agenten der italienischen Polizei gegen Bezahlung über in Tessin wohnende oder durchreisende Persönlichkeiten Informationen lieferte. Die Organisation hatte Niederlassungen in Locarno, Bellinzona und einigen größeren Städten der Nordschweiz. Dem „Corriere del Ticino" zufolge sollen verschiedene in diese Angelegenheit verwickelte Personen aus dem Kanton Tessin ausgewiesen werden.

**Bern, 18. September.** (Eig. Funkbericht.)

Anläßlich der Verhaftung Rossis und der Vorgänge in Campione beschloß der schweizerische Bundesrat in Bern, eine Note an die italienische Regierung zu senden. Der offizielle Text wird erst bekanntgegeben, wenn die Note durch die Schweizer Gesandtschaft in Rom der italienischen Regierung überreicht worden ist. Ferner beschloß der Bundesrat die Ausweisung zweier Italiener, die in Bern der italienischen Polizei Spionagedienste leisteten.

## Neue Entdeckungen in der Stinnesaffäre

**Die Untersuchung in der Stinnesangelegenheit in Wien.**

**Wien, 17. September.** In den letzten Tagen ist es gelungen, ein kleines Bankhaus in der Innenstadt Wiens ausfindig zu machen, bei dem der Generaldirektor der Wiener Niederlassung der Firma Stinnes, Nordmann, ein Konto besaß, über das auch Direktor Béla Groß verfügen konnte. Ueber dieses Konto sollen die zur Beschaffung der Kriegsanleihen und zur Auszahlung der Provisionen benötigten Gelder nach Wien angewiesen worden sein. Die Polizei hat die Kontoauszüge beschlagnahmt und die Angestellten des Bankhauses vernommen. Der Chef des Bankhauses erklärte, daß er von der Verwendung der Gelder keine Ahnung hatte. Am Freitag ist der preußische Staatsanwalt Dr. Berliner in Wien angekommen, der ausführliche Besprechungen mit den Wiener Gerichtsbehörden und insbesondere mit dem Untersuchungsrichter hatte.

## Warnung vor Illusionen

**Das kommende Wehrprogramm und die Panzerkreuzerkrise.**

Von Karl Mierendorf, Berlin.

Der Beschluß des Parteiausschusses, eine Programmkommission einzusetzen, die für den kommenden Parteitag das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Wehrproblem einer gründlichen Klärung unterziehen soll, ist mit Recht von der ganzen Partei als eine erfreuliche Maßnahme begrüßt worden. Die politischen Ereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, daß das Reichswehrproblem eine überragende Stellung in der ganzen deutschen Politik einnimmt. Viele, und nicht gerade die leichtesten Konflikte der jungen Republik haben von Reichswehrfragen ihren Ausgang genommen. Man kann aber leider nicht sagen, daß bei jeder Gelegenheit das Problem in seiner ganzen Größe gesehen worden wäre. Man hat es sich oft viel zu leicht gemacht und in dieser Frage den Nur-Spezialisten und Fachleuten die Entscheidungen überlassen, wo es sich in Wahrheit um Fragen der höchsten Politik handelte. Man hat vieles im Dunkeln gelassen, was dringend der Klarheit bedurfte. Die Debatten im Anschluß an den Panzerkreuzer haben gezeigt, welcher Wirrwarr der Auffassungen in der Wehrfrage in der Partei herrscht. Wenn nun endlich Klarheit geschaffen wird, so ist das unbestritten von größter Wichtigkeit, wenn auch bedauerlich ist, daß erst ein Panzerkreuzer den Anstoß dazu geben mußte.

Ein Irrtum aber wäre es, wollte man die Bedeutung überschätzen, die die Klärung des Wehrproblems unmittelbar für das auf uns lastende Panzerkreuzerproblem haben könnte. Es wäre gefährlich, sich in Illusionen zu wiegen, daß die Aufstellung eines Wehrprogramms geeignet wäre, um aus der Panzerkreuzerkrise herauszukommen. Veranlassung zu dieser Besorgnis gibt eine offizielle Auslassung des Sozialdemokratischen Pressedienstes, der im Anschluß an die Sitzung des Parteiausschusses die Einsetzung der Programmkommission mit dem Hinweis begrüßte, weil „die tieferen Ursachen der Panzerschiffkrise" der ernstesten Prüfung bedürften, wozu nach seiner Auffassung gehören: „Der Mangel an prinzipieller Klarheit über die Stellung zum Wehrproblem im demokratischen Staat innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, mangelnde Verständigung über das Problem, welche Konsequenzen aus der Wandlung des Wesens des Staates und demzufolge aus der veränderten Stellung der Sozialdemokratie zum Staat gezogen werden müssen."

Eine solche Auffassung muß sehr bedenklich stimmen. Danach wäre das Panzerschiff A „eine Konsequenz aus der Wandlung des Wesens des Staates" und die Erregung über den Beschluß vom 10. August die Folge mangelnder Klarheit über die „Konsequenzen" aus der veränderten Stellung der Sozialdemokratie zum Staat?" In der Tat, wenn Worte einen Sinn haben sollen, kann diese dunkel diplomatische Wendung in der offiziellen Auslassung des Sozialdemokratischen Pressedienstes nur bedeuten, daß „der Mangel an prinzipieller Klarheit" über das Wehrproblem die tiefere Ursache der Panzerschiffkrise sei. Der Trugschluß, der hier vorliegt, muß gefährliche politische Konsequenzen haben. Rechtzeitige Besinnung tut Not.

Vermengen wir nicht Unvereinbares miteinander. Die Schwierigkeiten, in denen heute die Partei durch die Panzerschiffaffäre sitzt, sind ein taktisches Problem. Es wäre verhängnisvoll, zu glauben, daß man dieses taktische Problem durch eine prinzipielle Klärung lösen könnte. Der Beschluß unserer Minister vom 10. August war ein taktischer Fehler; er kann nicht dadurch wieder gut gemacht werden, daß durch die nachträgliche Aufstellung neuer Grundsätze die Zustimmung zum Panzerkreuzer etwa sanktioniert werden könnte.

Handelt es sich denn überhaupt um die Schaffung neuer „Grundsätze"? Bei Lichte besehen, ergibt sich nämlich, daß sowohl programmatisch wie durch die Praxis die Haltung der Partei zu Wehrfragen längst entschieden ist. Das Heidelberger Aktionsprogramm enthält den Satz:

„Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik." Damit ist die Grundlage für eine positive Wehrpolitik geschaffen. Was fehlt, ist die Konkretisierung und Detaillierung der Forderung nach Republikanisierung der Reichswehr. Dem Heidelberger Grundsatz entsprechend ist dann auch in allen Jahren von der Partei wehrpolitisch gehandelt worden. Im Bestreben, die Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik umzugestalten, wurde unser Kampf um den Reichswehretat geführt, wurde unsere Kritik in Streichungsanträge gekleidet, weil die Höhe der Ausgaben in krassem Mißverhältnis zu den Zwecken der Armee steht, wurde Durchleuchtung des Wehretats gefordert und die Dunkelheiten der übertragbaren und gegenseitig deckungsfähigen Fonds bekämpft, weil sich hier die Illegalitäten der Schwarzen Reichswehr und anderer Eigenmächtigkeiten des Militärs einnisten mußten.

Bei dieser Politik befanden wir uns auch, wie sich in Brüssel herausstellte, in völliger Uebereinstimmung mit den wehrpolitischen Grundsätzen unserer Internationale. Denn was im Brüsseler Abrüstungsprogramm der Internationale im einzelnen an Forderungen für eine sozialistische Wehrpolitik aufgestellt worden ist, liegt völlig auf derselben Linie, nur daß durch Konkretisierung der Weg und das Ziel deutlicher gemacht ist. Man denke nur an die auch im Brüsseler Programm verlangte Kontrolle der inneren Heeresorganisation, die Demokratisierung der Ergänzung des Offizierskorps wie überhaupt die damit verbundene Ueberwachung der Heeresergänzungen.

Von dieser grundsätzlichen Auffassung ausgehend, erfolgte auch die Ablehnung der Neubauten für die Marine. Seit dem ersten Ersatzbau für die uns im Versailler Friedensvertrag belassenen Kriegsschiffe, hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion diese Ausgaben abgelehnt. Seit 1921, seit dem ersten Kreuzerbau, wurde diese Linie konsequent beibehalten und stets betont, daß nicht grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Marine zu dieser Haltung veranlaßt, sondern die Unmöglichkeit, in der schweren wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes für diese militärischen höchst fragwürdigen Zwecke Millionenbeträge auszugeben. Um diese Tatsache kommt man nicht herum, wenn auch jetzt plötzlich die Entdeckung gemacht werden sollte, daß es sich ja nur um „Ersatzbauten" und nur um die Beseitigung von „Menschenfallen" handle. Mit anderen Worten, die Sozialdemokratie hat sich in der Marinepolitik von Anfang an geweigert, den von den bürgerlichen Parteien aufgestellten Grundsatz, die Rüstungsmöglichkeiten des Versailler Vertrages unter allen Umständen voll „auszuschöpfen". Von diesem Grundsatz abzugehen, wäre auch deshalb falsch, weil damit zu gleicher Zeit die politischen Instanzen für alle Zeiten auf ihre Vorrangstellung gegenüber den militärischen Stellen verzichten würden.

Alle diese Dinge werden in Magdeburg im kommenden Frühjahr zu erörtern sein. Eine heilsame lehrreiche Diskussion, die das Gefühl der Partei und ihre Schlagkraft in Zukunft nur steigern kann. Aber die Hoffnungen darüber hinaus auf die Erwartung zu schrauben, daß durch die Verabschiedung eines Wehrprogramms unsere Panzerkreuzernöte behoben würden, wäre falsch. Damit gewinnt man nicht den Weg ins Freie aus der Sackgasse vom 10. August. Dazu bedarf es rein politischer Maßnahmen, die vor der Verabschiedung des Magdeburger Wehrprogramms erfolgen müssen. Die Dinge treiben vorher zur Entscheidung bei der Aufstellung des Wehretats im Schoße der Reichsregierung.

## SPD. Leipzig zur Panzerkreuzerfrage

**Leipzig, 17. September.** (Eigener Drahtbericht.) Der Unterbezirk Groß-Leipzig der SPD. nahm folgende Entschließung an: „Die Generalversammlung der SPD. Groß-Leipzig unterstützt den Teil der Entschließung des Parteiausschusses, der von der Parteigenossenschaft die entschlossene Abwehr des kommunistischen Volksentscheids gegen die Sozialdemokratie erwartet. Sie bedauert auf das tiefste die Ablehnung der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages. Die Parteimitgliedschaft Groß-Leipzig verlangt von ihren Abgeordneten, daß sie in der Fraktion für einen Beschluß wirken, der den sozialdemokratischen Ministern die Pflicht auferlegt, mit allen Mitteln die Einstellung der zweiten Rate in den Etat zu verhindern und daß sie, wenn es im Reichstag noch zu einer nachträglichen Abstimmung über die erste Rate kommt, gegen die erste Rate stimmen. An der Fertigstellung des Wehrprogramms wird die Leipziger Sozialdemokratie mit allen Kräften in dem Sinne mitwirken, daß durch ein sozialdemokratisches Wehrprogramm künftig jede Zustimmung der Reichstagsfraktion zu militärischen Rüstungen unmöglich gemacht wird."

## Das Volksbegehren zugelassen

Der Reichsminister des Innern hat dem kommunistischen Antrag auf Volksbegehren durch Verordnung vom 17. September stattgegeben. Die Eintragungsfrist beginnt am 3. Oktober und endet am 16. Oktober.

* * *

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat mit Rundschreiben vom 17. September die Landesregierungen gebeten, hinsichtlich des Volksbegehrens die erforderlichen weiteren Anordnungen zu treffen und alle Vorbereitungen für die Durchführung des Eintragungsverfahrens sofort in die Wege leiten zu lassen.

In dem Rundschreiben werden die für die Durchführung des Eintragungsverfahrens vom 3. bis 16. Oktober in Betracht kommenden Vorschriften aufgeführt und Richtlinien für einen zweckmäßigen und reibungslosen Vollzug gegeben. In dem Rundschreiben heißt es: „Die Reichsregierung legt großes Gewicht auf glatten und reibungslosen Verlauf des Volksbegehrens. Niemand darf Anlaß zu berechtigter Klage haben, daß ihm die Ausübung des verfassungsmäßigen Eintragungsrechts durch mangelhafte Maßnahmen unmöglich gemacht und unbillig erschwert worden sei. Ich bitte, alle Gemeindebehörden und Aufsichtsbehörden anzuweisen, in allen Fragen nach diesen Richtlinien zu handeln und bei Zuwiderhandlungen oder Versuchen einer Verhinderung des Volksbegehrens rasch und scharf einzuschreiten. Dies gilt besonders auch für die Festsetzung der Eintragungsstunden und die Zahl der Räumlichkeiten."

## Reichskanzler Müller bei Dr. Stresemann

**Baden-Baden, 17. September.** Reichskanzler Müller ist heute morgen 10 Uhr in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Pünder und des Reichspressechefs Zechlin in Baden-Baden eingetroffen, um mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Ergebnisse der Genfer Konferenz durchzusprechen. Der Reichskanzler wird im Laufe des Tages seine Weiterfahrt nach Berlin antreten.

## Er soll mal eben bei Gott vorsprechen

**Verrückt gewordene Nationalsozialisten**

In dem Thüringer Städtchen Steinbach-Hallenberg ließ die dortige Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Partei bei der Beerdigung eines Mitgliedes einen Kranz am Grabe niederlegen. Der beauftragte Hitlerjünger richtete dabei an den Toten folgende Mahnung:

„Im Auftrage der Nationalsozialistischen Partei bitte ich den Kameraden Fritz Zeiß (dies der Name des Toten), daß er bei Gott vorsprechen möge, daß Gott die marxistische Frechheit und Tücke und die bürgerliche Lauheit bestrafen möge und unsere Hitlerbewegung und Hakenkreuz segnen möge, damit dem deutschen Volke die Freiheit gegeben werde."

Einige Tage zuvor stand in dem am gleichen Ort erscheinenden Wochenblatt der Nationalsozialisten (Thür. Wochenschau Nr. 42 vom 20. 8.) das folgende Gebet:

„Herr Gott im Himmel hab' ein Einsehen und gib uns einen deutschen Mann! Einen der Haare auf den Zähnen und Eisen in der Faust und ein Herz für uns im Leibe hat. — Amen."

Angesichts solcher Leistungen muß man sich fragen, ob bei den Nationalsozialisten die Unverschämtheit oder die Idiotie größer ist.

## Vollständiges Fiasko des Herrn Krüger

**Auch eine bürgerliche Regierung kommt in Thüringen nicht zustande**

**Weimar, 17. September.** (Eig. Drahtbericht). Die wenig beneidenswerte Mission, die der Demokrat Dr. Krüger als Unterhändler für die Regierungsbildung übernommen hat, ist bis heute ergebnislos geblieben. Alle Kombinationen der bürgerlichen Blätter über die künftigen Mitglieder der Thüringer Regierung haben sich als verfrüht bzw. als falsch erwiesen.

Am Montag machte Dr. Krüger dem Landtagspräsidenten die Mitteilung, daß es ihm bisher unmöglich war, die Verhandlungen über die Regierungsbildung endgültig zum Abschluß zu bringen. Eine am Montag Nachmittag abgehaltene Sitzung des Unterhändlers mit den bisherigen Regierungsparteien verlief ebenfalls ergebnislos. Eine Einigung über die Personenfrage war nicht zu erzielen. Dr. Krüger machte dem Landtagspräsidenten darauf den Vorschlag, den Landtag nicht zu dem vorgesehenen Termin, sondern noch später als den 20. September einzuberufen.

## Die Völkischen mit Mördern solidarisch

Die sogenannte Deutsch-völkische Freiheitsbewegung, das Parteichen der Graefe und Wulle, hat in Eisenach eine Tagung abgehalten. Auf dieser Tagung forderte Herr v. Oppen, der Freund der Fememörder, zur „Tathilfe für die deutschen Femerichter" auf.

Die Herrschaften solidarisieren sich offen mit verurteilten Mördern, deren Brutalität in den Gerichtsverhandlungen den Abscheu aller anständigen Menschen hervorgerufen hat.

## Einbruch in der deutschen Gesandtschaft in Warschau

**Warschau, 17. September.** (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde in der hiesigen Deutschen Gesandtschaft ein Einbruch verübt. Der Einbrecher wurde, als er bereits den ersten Stock erreicht hatte, entdeckt und mußte fliehen. Er konnte in der Dunkelheit unerkannt entkommen. Die von der Polizei eingeleiteten Untersuchungen waren bisher erfolglos. Es liegen noch keine Anhaltspunkte dafür vor, ob es sich um einen politischen Einbruch oder um einen solchen aus persönlichen Motiven handelte.

## Eine französische Stimme für Abrüstung

**Daladier über die Abrüstungsfrage**

**Paris, 17. September.** Bei einem Festessen in Martel zu Ehren Malvys hielt der Vorsitzende der Radikalsozialistischen Partei Daladier eine Rede, in der er auch auf die Frage der Abrüstung zu sprechen kam. Er erklärte u. a.: „Wir müssen entschlossen an die Rüstungsbeschränkung herangehen, und zwar derart, daß es in Europa keine bewaffneten und entwaffneten Völker mehr gibt. Wir scheinen Deutschland sein Berufsheer von 100 000 Mann zum Vorwurf zu machen, während wir gleichzeitig 106 000 Berufsoffiziere und Berufssoldaten, ein jährliches Kontingent von 200 000 Mann, 150 000 Mann eingeborener Soldaten und 15 000 mobilen republikanischen Garden unterhalten. Wir scheinen eine Schlußfolgerung zu ziehen aus der Schnelligkeit, mit der Deutschland seine mächtige Industrie in eine Kriegsindustrie umwandeln könnte. Frankreich sollte lieber dem wirtschaftlichen Wiederaufbau einen Teil der ungeheuren Summen widmen, die unser Generalstab mit dem Bau eines riesigen Panzers verprassen will. Auf Grund des Versailler Vertrages müssen die Alliierten Deutschland auf dem Wege der Abrüstung folgen. Sich dieser Verpflichtung entziehen, nachdem man die deutsche Vertragserfüllung anerkannt hat, heißt, die nationalistischen deutschen Parteien unterstützen. Es bedeutet weiter ein entscheidendes Argument für diejenigen, die behaupten, daß die Abrüstung in Europa nur durch den Sieg der revolutionären Gedanken erreicht werden kann. Es ist Sache der Regierungen, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein.

## Der Kampf in Mexiko vor dem Ende?

**Eine entgegenkommende Maßnahme der mexikanischen Regierung**

**Mexiko-City, 18. September.** (Eigener Funkbericht.) Der Innenminister sandte Zirkulare an die Gouverneure sämtlicher Bundesstaaten und ordnete die Oeffnung sämtlicher Kirchen an, die infolge des Religionskonfliktes geschlossen worden waren. Dieser Schritt bedeutet jedoch keine Aenderung der bisherigen Regierungspolitik in der Religionsfrage, da auch weiterhin die Geistlichen zur Registrierung bei den zuständigen Behörden verpflichtet sind und die Kirchenaufsicht den Laien-Nachbarkomitees anvertraut ist. Nichtsdestoweniger bedeutet die Handlung eine unzweifelhafte Versöhnungsgeste gegenüber den Katholiken und einen vorbereitenden Schritt zur Konfliktsbeilegung.

---

# Der Seewolf.

**Von Jack London.**

69 (Nachdruck verboten.)

In einer Kluft in den Felsen sammelte ich etwas trockenes Holz, schnitzte Späne und spaltete es zu Brennholz. Ich riß eine Seite aus meinem Notizbuch und nahm aus der Munitionskiste eine Schrotpatrone. Ich entfernte mit meinem Messer den Ladepfropfen und streute das Pulver auf ein flaches Felsstück. Dann nahm ich das Zündhütchen heraus und legte es in die Mitte des ausgestreuten Pulvers. Jetzt war alles bereit. Maud sah vom Zelt aus zu. Das Papier in der Linken haltend, schlug ich mit einem Stein, den ich in der Rechten hielt, auf das Zündhütchen. Ein Rauchwölkchen puffte hoch, eine Flamme, und der Rand des Papiers brannte.

Das schwache Flämmchen mußte liebevoll gehegt werden, wenn es Kräfte sammeln und leben sollte. Ich nährte es mit einem Spänchen nach dem andern, dann kamen kleine Ästchen an die Reihe, bis das Feuer schließlich knisternd die größeren Klötze erfaßte. Daß wir auf eine öde Insel verschlagen würden, hatte ich nicht mit in meine Berechnung gezogen, und nun hatten wir weder Kessel noch sonst irgendwelche Kochgeräte. Ich behalf mich mit Konservenbüchsen und so hatten wir eine ganz stattliche Reihe von Kochtöpfen aufzuweisen.

Ich kochte das Wasser, aber Maud bereitete den Kaffee. Und wie der schmeckte! Ich servierte gebratenes Robbenfleisch, aufgewärmten Schiffszwieback und Kaffee bei. Das Frühstück gelang glänzend, und wir blieben viel länger am Feuer sitzen, als sich für unternehmungslustige Forschungsreisende streng genommen gegziemt hätte, schlürften den heißen schwarzen Kaffee und erörterten unsere Lage.

Ich war ganz sicher, daß wir in einer der Buchten eine Siedlung finden würden, wenn ich wußte, daß die Mondlicht an der Bringsee in dieser Weise gesichtet wurden, aber Maud sagte — ich glaube, um uns vor Enttäuschungen zu bewahren — die Theorie auf, daß wir eine ganz unbekannte Insel entdeckt hätten. Sie war schlau genug, auch wenn sie nicht lesen könnte, daß unsere Lage Anlaß zu ernsten Besorgnissen geben könnte.

„Wenn Sie recht haben," sagte ich, „dann müssen wir uns darauf vorbereiten, hier zu überwintern. Unsere Lebensmittel würden nicht reichen, aber wir hätten ja die Robben. Sie verschwinden im Herbst, und ich müßte halt beginnen, uns einen Vorrat an Fleisch anzulegen. Dann müßten wir Hütten bauen und Treibholz sammeln. Wir müßten auch Robbentran auslassen, um Leuchtmaterial zu haben. Überhaupt hätten wir alle Hände voll zu tun, wenn wir wirklich die Insel unbewohnt fänden. Aber das werden wir nicht, denke ich."

Doch sie hatte recht. Wir segelten am Winde die Küste entlang, suchten sie mit unseren Gläsern ab und landeten hier und dort, ohne eine Spur menschlichen Lebens zu finden. Wir erfuhren jedoch, daß wir nicht die

„Wir segelten am Winde die Küste entlang."

ersten auf der Mühsalinsel waren. Hoch auf dem Strande der zweiten Bucht, von der unseren gerechnet, entdeckten wir das zerfetzte Wrack eines Bootes.

„Die sind jedenfalls von hier weggekommen!" sagte ich fröhlich, aber ich fühlte, wie mir das Herz sank, und ich hatte das unangenehme Gefühl, daß irgendwo auf diesem Strande gebleichte Knochen liegen mußten. Ich wollte nicht, daß Maud Stimmung fand, einen solchen Fund entdeckt hätte, und so wendete ich unser Boot wieder seewärts.

Die Luft erdröhnte unaufhörlich von dem Brüllen der hundertfach Seelöwen. Maud, die mich auf die Entdeckung vorbereitet hatte und den ganzen Tag lebhaft und munter gewesen, war am Ende ihrer Selbstbeherrschung, als wir wieder in unserer kleinen Bucht landeten. Sie bemühte sich tapfer, es mir zu verbergen, als ich aber ein neues Feuer anzündete, wußte ich, daß sie ihr Schluchzen unter den Decken in ihrem Zelt zu ersticken suchte. Jetzt war die Reihe, den Kopf hochzuhalten, an mir, ich spielte meine Rolle so geschickt und mit solchem Erfolg, daß ich das Lachen wieder in ihre süßen Augen und den Gesang auf ihre Lippen brachte, denn ehe sie sich niederlegte, sang sie mir etwas vor. Es war das erstemal, daß ich sie singen hörte, und ich lag am Feuer, lauschte und war hingerissen, denn sie war Künstlerin in allem, was sie tat, und ihre Stimme war zwar nicht groß, aber wunderbar süß und ausdrucksvoll.

Ich lag im Boote und starrte zu den ersten Sternen empor, die ich seit vielen Nächten sah, und überdachte unsere Lage. Ein Verantwortungsgefühl dieser Art war mir etwas ganz Neues. Wolf Larsen hatte recht gehabt. Ich hatte auf den Füßen meines Vaters gestanden. Meine Rechtsbeistände und geschäftlichen Berater hatten meine Interessen wahrgenommen. Ich selbst hatte keinerlei Verantwortung gekannt. Und jetzt befand ich mich zum erstenmal in meinem Leben in der Lage, für einen andern Menschen verantwortlich sein zu müssen.

Kein Wunder, daß wir unser Eiland die Mühsalinsel nannten. Zwei Wochen mühten wir uns ab, um eine Hütte zu bauen. Maud bestand darauf, mir zu helfen, und ich hätte über ihre zerrissenen blutenden Hände weinen mögen. Aber dabei war ich stolz auf sie. Es war etwas Heroisches an dieser zarten Frau, wie sie alle Leiden ertrug und sich mit ihren geringen Kräften Aufgaben unterwarf, die sonst nur das Los einer Bauernfrau sind. Sie sammelte viele der Steine, die ich zum Bau der Mauer gebrauchte, und wollte nicht hören, wenn ich sie beschwor, sich auszuruhen. Schließlich ging sie jedoch ein Kompromiß mit mir ein und übernahm die leichten Arbeiten: das Kochen und das Sammeln von Treibholz und Moos für unsern nötigen Winterbedarf.

Die Wände der Hütte erhoben sich ohne Schwierigkeiten und alles ging leicht von der Hand, bis ich vor der Frage stand, wie ich das Dach verfertigen sollte. Welchen Zweck hatten die vier Wände ohne Dach? Und woraus sollten wir das Dach machen? Wir hatten allerdings die überzähligen Riemen. Sie konnten als Sparren dienen. Aber womit sollte ich sie decken? Das Segel brauchten wir für das Boot und die Persenning ließ schon Wasser durch.

(Fortsetzung folgt.)

# Die Auslandspresse zum Genfer Ergebnis

## Was die Pariser Presse denkt und weiß

**Paris, 17. September. (Eigener Funkbericht).**

Die gestrige Einigung in Genf findet in der Pariser Presse eine sehr gute Aufnahme. Die großen Informationsblätter können sich nicht genug tun, diese „endgültige Liquidierung des Krieges", die schönste Frucht der Locarnopolitik und diese entscheidende Etappe in der Befriedigung Europas in den tönendsten Worten zu feiern. Die Rechtspresse speit Feuer und Flamme gegen Briand, der die Interessen Frankreichs verraten habe. Die Linkspresse äußert die berechtigte Kritik, daß in Genf nichts Greifbares habe verwirklicht werden können. Leon Blum bedauert im „Populaire" ausdrücklich, daß auch diese Verhandlungen wieder nach den Prinzipien des Tauschgeschäfts geführt wurden. Als Kuriosität mag erwähnt werden, daß die französischen Kommunisten auch hier wieder eine Verschwörung gegen Moskau wittern. Im übrigen betonen alle Blätter, daß Reichskanzler Müller bei den Verhandlungen ebenso großes Geschick wie Loyalität gezeigt habe.

In sachlicher Hinsicht wissen die Pariser Blätter eine ganze Reihe interessanter Einzelheiten über die Details der Einigung mitzuteilen. Ueberall wird betont, daß, wenn auch eine zeitliche Verbindung in den Verhandlunen zwischen Räumung und Reparationsfrage hergestellt sei, doch kein sachlicher Zusammenhang bestehe. Der Reichskanzler habe bis zuletzt die deutsche These zu wahren gewußt, die die Räumung als Rechtsanspruch fordert.

Auf finanziellem Gebiet sei vorläufig die Revision der Interalliierten Schulden aufgegeben. Es komme nur die Revision des Dawesplanes und die Festsetzung der Gesamthöhe der deutschen Verpflichtungen in Betracht. Deutschlands Reparationsschuld werde wahrscheinlich von 132 Milliarden auf 34 Milliarden herabgesetzt. Dazu werde das Versprechen einer weiteren Herabsetzung gegeben, falls die Vereinigten Staaten sich ihrerseits zu einem Entgegenkommen in der alliierten Schuldenfrage bereit fänden. Gleichzeitig mit der Festsetzung der deutschen Gesamtschuld werde die Finanzkontrolle über Deutschland aufgehoben, aber auch die Transfer- und Sicherheitsklausel des Dawesplanes außer Kraft gesetzt. Denn diese Klauseln hinderten die Mobilisierung der Eisenbahn- und Industrie-Obligationen. In welcher Höhe diese Mobilisierung erfolgen soll, darüber macht die Pariser Presse keine näheren Angaben.

Das Feststellungs- und Versöhnungskomitee im Rheinland soll nach Ansicht der Pariser Presse kein eigentliches Kontrollrecht erhalten. Es soll lediglich als Schlichtungsinstanz im Sinne des Artikels 4 des Locarnovertrages wirken. Es soll auch Klagen von Deutschland gegen Frankreich annehmen dürfen, aber diese Klagen dürfen sich nicht auf militärische Vorbereitungen Frankreichs in Elsaß-Lothringen beziehen. Juristisch sei der Machtbereich des Komitees unbeschränkt, geographisch aber ausschließlich auf die entmilitarisierte Rheinlandzone konzentriert.

**Paris, 17. September. (Eigener Bericht.)**

**Paris, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)** Der „Intransigeant" glaubt im Anschluß an die Genfer Einigung mitteilen zu können, daß die Sachverständigenkommission, die die Revision der Reparationsfragen und die Festsetzung der Gesamthöhe der deutschen Verpflichtungen zu regeln hat, schon sehr bald ihre Arbeiten in Paris aufnehmen werde. Gleichzeitig damit würde eine „baldige Räumung" der zweiten Rheinlandzone verfügt werden.

Im übrigen gibt die Pariser Presse ihrer Verwunderung über die Aufregung Ausdruck, die die Genfer Beschlüsse in bestimmten deutschen Kreisen hervorgerufen haben. Vor allem will man es in Paris nicht verstehen, warum man dem Reichskanzler über seine Haltung in Genf sozusagen Vorwürfe mache. Selbst der „Temps", der doch sicherlich einer übertriebenen Deutschfreundlichkeit nicht beschuldigt werden kann, erklärt, man müsse zugeben, daß Deutschland insofern einen großen Erfolg erreicht habe, als nun die Verhandlungen über die Rheinlandräumung offiziell eröffnet seien. Um sich über die Genfer Resultate klar zu werden, brauche man sich nur zu überlegen, von wo man ausgegangen und wohin man gelangt sei. Sicherlich habe der Reichskanzler die sofortige bedingungslose Räumung nicht erreicht, aber das sei auch gar nicht möglich und denkbar gewesen. Aber er kehre nach Berlin zurück mit dem formellen Versprechen nahe bevorstehender Verhandlungen. Das sei doch sicher ein großer persönlicher Erfolg, der seine Stellung in Deutschland unbedingt stärken müsse. Die Genfer Verhandlungen hätten Deutschland nicht nur keine Enttäuschung, sondern sogar die moralische Genugtuung gebracht, die es schon lange vergeblich angestrebt habe, daß nun die Räumung wirklich offiziell behandelt werde. Natürlich habe Deutschland zugestehen müssen, daß man zugleich auch die Reparations- und die Sicherheitsfrage behandeln würde, aber der Beginn dieser Verhandlungen sei noch so unsicher, daß man ihren Ausgang nicht absehen könne. Irgendwelche Bindungen seien jedenfalls nicht übernommen worden. Dabei läßt der „Temps" deutlich durchblicken, daß Frankreich nun auch endgültig darauf verzichtet habe, das Problem der interalliierten Schulden mit der Räumung zu verknüpfen und diese gegen eventuelle Zugeständnisse bei Amerika und England einzuhandeln.

Beide Parteien können also zufrieden sein, erklärt man hier in Paris, denn Deutschland habe die Räumungsverhandlungen, Frankreich die Reparationsverhandlungen erreicht, und dabei hätten beide Parteien noch immer vollkommen freie Hand, um bei ungünstigem Verlauf der kommenden Verhandlungen zurückzutreten.

**Paris, 18. September. (Eigener Funkbericht).**

Die französische Regierung tritt am nächsten Donnerstag zu einem Kabinettsrat zusammen. Der „Quotidien" stellt dabei die Forderung, daß schon in dieser Sitzung die Räumung der zweiten Zone des Rheinlandes beschlossen werden müsse. Alle Welt verlange jetzt von Frankreich eine schöne Geste des Verzichtes, die die weiteren Verhandlungen wesentlich erleichtern soll. Auch die „Ere Nouvelle" fordert, daß man nun nach der negativen Arbeit, die darin bestanden habe, drohende Kriegs- und Konfliktsgefahren zu beseitigen, zu positiven Leistungen übergehe. Selbst der offiziöse „Petit Parisien" findet es angebracht, daß man von französischer Seite die Aufregung in Deutschland über die Genfer Beschlüsse, die ebenso übertrieben wie ungerechtfertigt seien, zu beruhigen suche. Pertinax dagegen erläßt im „Echo de Paris" eine wahre Anklageschrift gegen Briand. Briand habe zunächst einmal versucht, die Verhandlungen über die Rheinlandräumung zu vermeiden, obwohl er dies mit Unterstützung Englands gut gekonnt hätte, noch habe er die Bemühung gezeigt, den überstürzenden Gang der Dinge zu hemmen und wenigstens die kleinen Alliierten Frankreichs, Polen und die Tschechoslowakei, zuzuziehen. Neben dieser verfehlten Taktik habe Briand auch keine sachliche politische Linie eingehalten. Er habe auf die Finanzkombination von Thoiry zurückgegriffen, die heute nach der Stabilisierung des Franken für Frankreich kein großes Interesse mehr hätte und die nur noch zu einer neuen beträchtlichen Herabsetzung der Reparationsschuld für Deutschland führte. Er habe die Sicherheit Frankreichs gefährdet, indem er die Bildung jener zwischen ihm und dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Breitscheid ausgeheckten Feststellungs- und Schlichtungs-Kommission zugegeben habe, vor der sich Deutschland sogar über die militärischen Anordnungen Frankreichs in Elsaß-Lothringen beschweren dürfe. Er habe sich weiter moralisch gebunden, insofern, als jetzt alle Welt sofort die Räumung der zweiten Zone erwarte, und er habe endlich bei den Verhandlungen das Saargebiet vollkommen vergessen, das nach der Räumung des Rheinlandes Deutschland als Zusatzgratifikation zu allen anderen Vorteilen in den Schoß fallen werde.

### Englische Stimmen

**London, 17. September. (Eigener Bericht).** Aus den ersten Pressekommentaren zum Ergebnis der Genfer Verhandlungen scheint hervorzugehen, daß man das Ergebnis der Sonntagsbesprechungen in Genf als einen wesentlichen Fortschritt betrachtet und der Auffassung ist, daß Hermann Müller mit dem für Deutschland erzielten Resultat zufrieden sein könnte. „Daily Chronicle" stellt fest, die Frage des Rheinlandes sei nunmehr zur praktischen Politik geworden und könne nicht mehr fallen gelassen werden. Er ist der Auffassung, daß die geplante endgültige Festsetzung der Reparationszahlungen sich ebenso schwierig erweisen werde wie seinerzeit das Zustandekommen des Dawesabkommens. Der konservative „Daily Telegraph" sieht im Ergebnis der Genfer Besprechungen einen Beweis dafür, daß die französische Auffassung von der inneren Verknüpfung von Rheinlandbesetzung und Sicherheit viel an Schärfe verloren hätte. Das Ergebnis vom Sonntag stelle auf beiden Seiten eine Konzession in prinzipieller Hinsicht dar. Erfolg und Mißerfolg werde in letzter Linie davon abhängen, ob Frankreich erkennt, welcher Belastung die internationale Lage durch eine weitere Besetzung des Rheinlandes ausgesetzt sei.

# Vorberatung des französischen Budgets

**Paris, 18. September. (Eigener Funkbericht.)**

Die Finanzkommission der Kammer tritt morgen zu ihrer ersten Sitzung zusammen, um die Vorprüfung des Budgets für 1929 zu beginnen. Diese Arbeit soll bis Mitte Oktober beendet sein, damit die Mitglieder der Kommission an den Kantonal-Ratswahlen und an den Sitzungen der Generalräte teilnehmen können. Die Kammer selbst soll in den ersten Tagen des November, wahrscheinlich am 11. November, wieder zusammentreten.

# Kommissionsarbeit in Genf

### Um Deutschlands Kriegsverhütungsvorschläge

**Genf, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)** Die Abrüstungskommission behandelte am Montag Nachmittag die deutschen Kriegsverhütungs-Vorschläge. Sie erklärte sich damit einverstanden, daß die Vorschläge als Mustervertrag der Versammlung zur Annahme empfohlen würden. England, Japan und Italien erklärten aber ausdrücklich, daß sie ihrerseits einem solchen Vertrag nicht beitreten würden. Am schärfsten war der Japaner in der Ablehnung der deutschen Kriegsverhütungs-Vorschläge, die er eine Gefahr für die Entschlußfreiheit des Völkerbundes nannte. Auf der anderen Seite deutete Polen an, daß es lieber sähe, wenn die deutschen Vorschläge zu einer Garantie der gegenwärtigen Grenzen ausgebaut würden. Paul Boncour wies darauf hin, daß, wenn nicht alle oder nicht sehr viele Staaten dem deutschen Kriegsverhütungsabkommen beitreten würden, es doch eine große Propagandawirkung ausüben könnte.

**Genf, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)** Die kostbare Zeit der Budgetkommission des Völkerbundes wurde am Montag durch eine vollkommen sinnlose Fortsetzung des englisch-norwegischen Angriffs gegen den Etat des Internationalen Arbeitsamtes buchstäblich gestohlen. Es stand von vornherein nach der allgemeinen Debatte am Sonnabend fest, daß die beantragten Streichungen keine Mehrheit finden würden. Trotzdem griffen der englische, der indische und der norwegische Vertreter das Arbeitsamt als solches und Thomas wiederum sehr persönlich an — um zum Schluß, als über die von ihnen beantragten Streichungen abgestimmt wurde, sich der Stimme zu enthalten.

Im Auftrage der deutschen Regierung erklärte der Zentrumsabgeordnete Kaas, daß Deutschland die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes mit großer Sympathie verfolge. Es gelte nicht, um jeden Preis zu sparen, sondern für die bewilligten Kosten das Beste herauszuholen. Deutschland habe zu dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes das Vertrauen, daß der von ihm aufgestellte Etat den Bedürfnissen des Internationalen Arbeitsamtes entspreche und werde infolgedessen gegen die Reduktion stimmen. Polen, Tschechien, Frankreich und andere Länder wandten sich ebenfalls gegen England.

Ungeklärt blieb naturgemäß die Frage, wie weit überhaupt die Budgetkommission das Recht habe, Einzelposten des Etats des Arbeitsamtes, die vom Verwaltungsrat bewilligt sind, zu streichen.

**Genf, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)** In Genf wurden am Montag die Beratungen der Kommissionen fortgesetzt. Die Kommission für Mandatsfragen und politische Fragen schloß ihre Beratungen mit der Annahme zweier Resolutionen ab. Zur Mandatsfrage werden die Mandatsstaaten nochmals auf die Notwendigkeit der Herstellung der vollkommen wirtschaftlichen Gleichheit aller Staaten in den Mandatsgebieten aufmerksam gemacht. Zu der Bekämpfung der Sklaverei wird festgestellt, daß das Antisklaverei-Abkommen nunmehr von 26 Staaten ratifiziert worden sei, daß aber noch immer einige in Betracht kommende Staaten fehlen.

In der juristischen und in der Rüstungs-Kommission gab es speziell juristische Auseinandersetzungen, die natürlich nicht der politischen Hintergründe entbehrten. In bezug auf das Mandat der Sicherheitskommission wurde nach längerer Diskussion festgestellt, daß mit der Erledigung der bisherigen Arbeiten die Aufgabe der Kommission nicht beendet sei, sondern sie auch weiterhin von der vorbereitenden Abrüstungskommission mit Untersuchungen über den Völkerbundspakt in bezug auf die Sicherheiten, die er den Völkern biete, beauftragt werden kann. Bei der Beratung des Berichts von Politis über die Völkerbundsartikel 10, 11 und 16 stritt man sich wiederum über das Maß der Sicherheit, das der Pakt biete. Ungarn setzte seinen Vorstoß zu einer Festlegung des Völkerbundes auf die Verpflichtung, die Ausführung von Schiedssprüchen zu erzwingen, fort. Die Rüstungskommission stellte sich in bezug auf die Kontrolle der privaten Waffenherstellung, entgegen einem deutschen Vorschlag, auf den Standpunkt, daß die Angelegenheit für die Festsetzung eines Konferenztermins nicht reif sei, und begnügte sich mit der Annahme einer allgemein gefaßten Resolution, in der die Notwendigkeit einer Veröffentlichung auch der staatlichen Kriegsmaterialproduktion betont wird.

Die technische Kommission schloß die Generaldebatte über die Wirtschaftsarbeit des Völkerbundes ab und ernannte Loucheur zum Berichterstatter an die Versammlung. Ungarn, Oesterreich, Kanada, Indien und die Schweiz beklagten sich über die industriellen Schutzzölle, die die Agrarländer benachteiligten. Loucheur bemühte sich in seinen Schlußworten, die Befürchtungen, daß durch die Wirtschaftsarbeit des Völkerbundes die Souveränität der Staaten angetastet sei, zu zerstreuen, und versprach den Agrarländern eine stärkere Berücksichtigung. Er schloß, indem er betonte, daß die Herabsetzung der Zolltarife kaum ohne eine Regelung der Produktion durch internationale industrielle Zusammenschlüsse möglich sei. Abg. Rheinbaben erklärte als Vertreter Deutschlands zur Opiumfrage, daß Deutschland für eine Beschränkung der Opium-Enquete auf Herstellung und Verbrauch von Rauchopium sei. Deutschland werde die Opium-Konvention vom Jahre 1925 ratifizieren, wenn es eine Vertretung in der im Abkommen vorgesehenen Zentralkommission erhielte.

Am Dienstag vormittag tritt die Vollversammlung wieder zusammen, um die ersten Kommissionsberichte entgegenzunehmen. Man hofft, die Arbeiten spätestens bis zum 25. September beenden zu können.

### Eine neue Sitzung des Völkerbundsrats

**Genf, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)** Der Völkerbundsrat trat am Montag zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der kleinere Fragen erledigt wurden. Der Norweger Nansen klagte darüber, daß trotz seiner wiederholten Hilferufe die meisten Staaten nicht zu bewegen seien, für die Ansiedlung der vertriebenen Armenier die notwendige materielle Hilfe zu geben.

Staatssekretär v. Schubert erklärte im Namen der deutschen Regierung, daß diese bereit sei, das Hilfswerk zu unterstützen, wenn die anderen Staaten ein Gleiches täten und der Völkerbund das Protektorat über die Ansiedlung übernehme. England lehnte dagegen wiederum ab, worauf auf polnischen Vorschlag entschieden wurde, die Frage der Vollversammlung zu unterbreiten.

# Exzesse des Militarismus

### Elf Todesfälle bei französischen Manövern in Algier

**Paris, 18. September. (Eigener Funkbericht.)**

Wie der sozialistische „Populaire" berichtet, haben neue große Manöver, dieses Mal in Algerien, in der Nähe von Constantine, begonnen. Unter Mißachtung einer Ministerverordnung, die vollkommene Ruhe während der heißen Tagesstunden vorschrieb, seien die Manöverhandlungen selbst über die Mittagszeit fortgesetzt worden, mit dem Erfolg, daß man bisher elf Todesfälle an Hitzschlag zu beklagen habe.

# Lloyd George spielt Vorsehung

### Er rüstet für die Zeit nach den nächsten Wahlen

**London, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)** Von der Auffassung ausgehend, daß die kommenden britischen Neuwahlen keiner Partei eine feste Mehrheit geben, sondern wohl zu einer ähnlichen Situation führen werden wie im Jahre 1923, hat der Führer der Liberalen Partei, Lloyd George, sich entschlossen, dem demnächst zusammentretenden liberalen Parteitage ein festes Aktionsprogramm für das Verhalten der Partei nach den Wahlen vorzulegen. Danach soll der Parteitag bereits jetzt eine Liste liberaler Mindestforderungen aufstellen und bereits jetzt in aller Form aussprechen, daß die Liberalen bereit seien, mit derjenigen Partei, konservativ oder sozialistisch, zusammenzuarbeiten, die sich verpflichtet, die liberalen Mindestforderungen in ihr Arbeits- und Regierungsprogramm aufzunehmen. Es verlautet, daß Lloyd Georges Pläne auf starken Widerstand im Kreise seiner engsten Mitarbeiter gestoßen sind.

# Jugoslawien erkennt den Kinokönig an

### Vor einem griechisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag.

**Belgrad, 18. September. (Eigener Funkbericht.)**

Die jugoslawische Regierung hat am Montag telegraphisch in Tirana angeordnet, daß der dortige jugoslawische Geschäftsträger bei der albanischen Regierung die Anerkennung des neuen monarchistischen Regimes erklären soll.

Aus diplomatischen Kreisen erfahren wir, daß der griechische Premierminister Venizelos in Begleitung des griechischen Außenministers Karapanos im Oktober nach Belgrad kommen werde und bei dieser Gelegenheit ein Freundschaftsvertrag zwischen Jugoslawien und Griechenland unterzeichnet werden soll. Auch andere strittige Fragen sollen behandelt werden, wie z. B. die Saloniki er Jugoslawische Freizone. Venizelos wird vor seiner Belgrader Reise vorerst nach Rom, Genf und Paris fahren.

Der König Alexander kehrte aus seiner Sommerfrische nach Belgrad zurück. In Belgrad erwartet man vorläufig keine politische Aenderung, trotzdem man in Zagreb zum Teil ruhiger über die Geschehnisse Stellung nimmt als bisher.

Die Parteien werden sich jetzt nach den Parlamentsferien mit der kroatischen Frage beschäftigen. Man erwartet sehr wichtige Parteikonferenzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Initiative von Belgrad ausgehen wird.

# Litwinow zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes ermächtigt

**Kowno, 18. September.** Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Präsidium des Zentral-Vollzugs-Ausschusses der Sowjet-Union beschlossen, sich dem Kellogg-Pakt anzuschließen. Der Stellvertreter des Außenkommissars Litwinow wurde ermächtigt, den Vertrag zu unterzeichnen.

# Genossenschaftswesen

## Konsumvereine verschaffen nur Ersparnisse

Die Zweite Kammer des Zivilgerichtshofes der Republik und des Kantons Genf hat am 22. Juni d. J. ein Urteil gefällt, das dem Wesen der Genossenschaften eher gerecht wird als die Entscheidungen gewisser deutscher Instanzen. Die in Betracht kommende schweizerische Genossenschaft hatte gegen den Staat eine Steuerherabsetzung eingeklagt und geltend gemacht, daß sie gemeinnützige Zwecke verfolge, da ihre Mitgliedschaften auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistungen beruhten, und daß die Rückvergütungen der Besteuerung nicht unterlagen. In erster Instanz wurde die Genossenschaft abgewiesen, in der Berufungsinstanz dagegen der Staat kostenpflichtig nach dem Klageantrage verurteilt. Aus der Urteilsbegründung heben wir folgende Sätze hervor: „Der Zweck der Genossenschaft ist ... nicht, zu Nutzen ihrer Mitglieder einen Gewinn zu erzielen, sondern ihnen am Preis der Medikamente eine Ersparnis zu verschaffen. Es liegt also keine Gewinnabsicht vor. Die von diesen Vereinen behufs Herabsetzung der Arzneimittelpreise gegründete S. c. d. P. P. kann nicht einer Gesellschaft gleichgestellt werden, die Kapitalgewinn erstrebt".

Bezüglich der Rückvergütung wird auf den Bericht des Ausschusses, der den Gesetzentwurf über die öffentlichen Steuern vorzubereiten hatte, hingewiesen, worin es heißt: „Wir haben gelten lassen, daß die den Genossenschaftsmitgliedern zurückerstattete Mehrauslage nicht als Gewinn betrachtet werde und daher auch nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden kann". — Obwohl erfreulicherweise viele deutsche Gerichte Wesen und Zweck der Genossenschaft ebenso richtig beurteilen, gibt es, so bemerkt treffend die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau", leider auch andere, die anders, das heißt falsch denken.

### Der Reichsverband deutscher Konsumvereine

hat auf dem 19. Genossenschaftstag des Reichsverbandes einstimmig eine Entschließung angenommen, in der das Zugabeunwesen als Vortäuschung eines günstigen Warenangebotes und damit als eine Unlauterkeit in der Wettbewerbung der breiten Schichten gegeißelt wird. Unter Hinweis darauf, daß das Zugabeunwesen eine Bedrohung des ehrlichen Handels und eine Schädigung der gesamten Verbraucherschaft darstellt, werden gesetzgeberische Maßnahmen dagegen gefordert.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
doch das Bestel

**Nur ganz wenige Tage!**

# Breslau

Platz an der Festhalle.

**Premiere: 21.** September. Freitag, 7.30 Uhr!

# SARRASANI

## 15

**wichtige Bekanntmachungen,**
deren Beachtung Ihnen
**viel Ärger**
**spart:**

1. **Hans Stosch-Sarrasani ist nicht,** wie immer wieder erzählt wird, auf der Ueberfahrt nach Amerika ertrunken, sondern leitet immer noch persönlich die ihm allein gehörende, einzig echte „Schönste Schau zweier Welten", die er nun am 21. September in Breslau eröffnen wird.
2. **Die Bezeichnung „Schönste Schau zweier Welten"** ist ein Ehrentitel, den sich Sarrasani auf seinem zweijährigen Gastspiel in Südamerika erwarb und der ihm allein zusteht.
3. **Sarrasani war** mit seiner „Schönsten Schau zweier Welten" noch nie in Breslau und wird in den nächsten Jahren seiner Auslandsverpflichtungen wegen nicht wiederkommen können.
4. **Sarrasani baut** seine Zeltstadt an der Jahrhunderthalle auf. Er bringt sein **ganzes,** absolut **vollständiges, ungeteiltes** Unternehmen: „Die schönste Schau zweier Welten", bejubelt und bewundert in Amerika wie in Europa. Alle Gerüchte über eine Teilung der Sarrasani-Schau sind unsinnig und falsch.
5. **Sarrasani hat** in allen Gastspielstädten mit seinem Programm beispiellose Erfolge erzielt. In Breslau wird er eine Steigerung dieses Programms herausbringen und eine Vorstellung zeigen, die tatsächlich einzigartig in der Geschichte des Zirkus sein wird.
6. **Das Sarrasani-Gastspiel** in Breslau ist auf nur ganz wenige Tage berechnet. Eine Verlängerung wird aus technischen Gründen unmöglich sein. Man sichere sich deshalb sofort Karten zu den ersten Vorstellungen.
7. **Die Abendvorstellungen** beginnen bei Sarrasani immer pünktlich 7½ Uhr.
8. **Nachmittagsvorstellungen** finden immer statt Mittwoch, Sonnabend, Sonntag und Feiertag um 3 Uhr. Dabei zahlen Kinder auf allen Plätzen von 2 Mk. aufwärts nur halbe Preise.
9. **In allen Vorstellungen,** nachmittags wie abends, wird jedesmal das vollständige Programm gezeigt: Alle Wunder aller Weltteile. Darunter z. B. indischer Akt mit 150 Fakiren, Schlangentänzerinnen, Gaguans, arabischen Akrobaten u. s. w. Ferner: Jahrmarkt in Peking mit 30 chinesischen Gauklern, Zoptakrobatinnen, tibetanischen Gladiatoren, mongolischen Teufelsgebetjünglingen und 60 tanzenden Chinesenmädeln. Ferner: Die australischen Holzhacker. Ferner: Wild-West mit 21 echten Indianern, den einzigen, die in Europa reisen, unter ihrem Häuptling „Weißer Büffel" mit 150 Cowboys, Cowgirls, Rauhreitern und dem entzückenden Indianerballett. Ferner: 22 Japaner, darunter die berühmten Schrägseiläufer. Ferner: Prunkballetts mit 80 Tänzerinnen. Ferner: Altmeister Schumann mit Pferdedressuren. Ferner: Burckhardt-Footet, der Klassiker der Hohen Schule. Ferner: Mayer-Florio auf dem „Schul-Kamel". Ferner: Luftkruppen Artenis und Kansas, bei Artenis Elwira, die einzige Dame, die den Doppelsalto vorwärts dreht. Ferner: Die berühmten Clowns, über die man Tränen lacht. Ferner: Der kleine François, der Liebling aller Kinder von Island bis Indien. Ferner: Direktor Hans Stosch-Sarrasani mit seiner Herde indischer Elefanten. Ferner: Entweder Polarbären oder Löwen oder Tiger. Ferner: Seelöwen. — Dies alles in jedem Programm!
10. **Tierschau** findet bei Sarrasani nur Sonntags 11—1 Uhr statt. Eintritt 1 Mk., Kinder 0.50 Mk. Sarrasani zeigt in seiner Tierschau zoologische Reichtümer, wie sie kein zoologischer Garten der Welt aufzuweisen hat, u. a. 22 indische Elefanten, 14 Königstiger, 48 Löwen, 12 Polarbären, 300 Pferde usw. Ohne Extra-Entree sind mit der Tierschau verbunden: Massenkonzert der 100 Sarrasani-Musiker und Vorführung der 21 echten Indianer unter ihrem Häuptling „Weißer Büffel", ferner Vorführung der kaukasischen Teufelsreiter.
11. **Man besorge sich rechtzeitig** Karten, erstmalig telephonisch. Vorverkaufsstellen: Zirkuskasse ab 9 Uhr früh. Telephon: 511 69, 515 21, 516 35, Verkehrsbüro Barasch, Tel. 526 41, Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie Gartenstraße 60, Breslau 2, Tel. 54651 u. 51123. Billigster Platz 1.50 Mk., teuerster Platz 6 Mk. Alles Sitzplätze. **Es ist noch keine Vorstellung ausverkauft!** Sollten am Vorverkauf gewisse Platzkarten nicht mehr vorhanden sein, dann bemühe man sich an die Abendkasse des Zirkusses.
12. **Schulklassen,** die unter Führung ihrer Lehrer die Nachmittags-Vorstellungen am Mittwoch und Sonnabend besuchen wollen, erhalten Vorzugspreise: 1.— Mk. für einen guten Sitzplatz. Rechtzeitige Anmeldung erbeten an Sarrasani-Schau, Wagen 48, Verwaltungschef.
13. **Gesuche um Freikarten** müssen schriftlich eingereicht werden und zwar mindestens 11 Tage vorher. Sonnabend und Sonntag sind alle Freikarten aufgehoben. Vorzugspreise, Steuerkarten usw. gibt es bei der Sarrasani-Schau nicht, weil sie eine ungerechte Bevorzugung gewisser Kreise darstellen.
14. **Die Bewohner der Umgebung** in weitestem Umkreise haben Gelegenheit, Sarrasanis Vorstellungen in Breslau bequem zu besuchen und sollten sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, da Sarrasani in den nächsten Jahren nicht wiederkommt. Extrazüge, Extraomnibusse usw. sind von und nach jeder Richtung eingelegt worden. Man erkundige sich bei den zuständigen Stellen: Bahnverwaltung, Stationsvorsteher, Post, Zeitungsverlag.
15. **Eisenbahnfahrt-Ermäßigung** zum Sarrasani-Gastspiel in Breslau können auf folgende Arten erlangt werden:
    a) Gesellschaftsfahrten: Fahrpreisermäßigung 25%, Mindestentfernung 30 km, Teilnehmerzahl: mindestens 30 Personen.
    b) für Jugendpflege: Ermäßigung 50%, Mindestentfernung 10 km, Personenzahl 10 und mehr.
    c) Schülerfahrten: Ermäßigung 50%, für Schüler und Studierende, einschließlich Lehrer und Aufsichtspersonen. Teilnehmer mindestens 10.
    d) Zu den Sonntagsvorstellungen benützen man Sonntagsrückfahrkarten mit 33⅓ Prozent Preisermäßigung. Auskunft auf allen Stationen.

Auf zu:

# SARRASANI

**Breslau:** Platz a. d. Festhalle

**Nur ganz wenige Tage!**

**Ein unentbehrliches Nahrungsmittel**

aus edelsten Erzeugnissen der Natur, das den verwöhntesten Ansprüchen gerecht wird, ist die neue Marke **„Alma, die Margarine für Alle".**

Sie wird grundsätzlich ohne Zugaben verkauft. Dafür erhält die Hausfrau den vollen Wert des gezahlten Preises in der Qualität der Ware.

**Das Pfund kostet nur 85 Pfennig.**

# ALMA DIE MARGARINE FÜR ALLE

**Stadt-Theater**
(Opernhaus).
Dienstag 20 Uhr, noch 23:
Die Zauberflöte
Mittwoch 20 bis 22,30:
2. Abonn.-Vorst. Serie B
„Das Rheingold"
Donnerstag 7481
19,30 bis gegen 23:
2. Abonn.-Vorst. Serie E
„Carmen"

**Schauspielhaus**
Operettenbühne — Tel. 36300
Täglich 20 Uhr:
„Prinzessin Ti-Ti-Ra" 7480
Sonntag nachm. 15½ Uhr:
„Der Zarewitsch"

**LIEBICH-THEATER** Das große
Tägl. 20 Uhr:
**Varieté-Eröffnungs-Progr.**
Preise ab 50 Pf. 13035
Tel. 34646

**Lobe-Theater**
Schweidnitzer Str. 8. Tel. 56747
Täglich 20 Uhr:
Der große Schlußerfolg!
„Hufuspotus"
von Curt Goetz.

**Victoria-Theater** Tägl. 8¼ Uhr
Nur noch heute
Lizzy die **Kokotte** mit Elfr. **Mertens**
Ab morgen tägl. 8¼
**Im und unterm Bett** oder Jou Jou die Tochter des Nachtwächters
Hauptrolle: Elfr. **Mertens**
Jugendliche verboten

**Konzerthaus WAPPENHOF**
Heute Dienstag ab 4 Uhr:
**Großer heiterer Nachmittag**
mit dem neuen Programm:
**3 Morleys,** Original Triple-Tourbillon-Akt
**Käthe Güttini,** der weltbekannte Damen-Jongleur-Akt
**Merkel Brothers** phänomenaler Gymnastik-Akt
**Willy Schäffer,** der hervorrag. rhein. Grotesk-Komiker
**2 Flying Flacerls,** die berühmten Luft-Gymnastiker
**Ina Lenk,** Koloratursängerin
Neu für Breslau!
Doppel-Deckenlauf der Gebr. Merkel
**2 Elgonas,** Akrobatik-Komödianten
**2 Shortys,** Liliput-Akrobaten und Box-Parodisten
**Laurens-Ott,** Stimmungsmacher und Conférencier.
Eintritt 25 Pf.
Heute Dienstag ab 8¼ Uhr:
**Gr. Abendvorstellung u. Ball**
10 Varieté-Attraktionen und 2 Kapellen.
Eintritt 25 Pf., mit Ball 50 Pf.
Morgen Mittwoch ab 4 Uhr:
**Das neue Spezialitäten-Programm**
7491 Ab 8 Uhr:
**Der bunte Ball-Abend**

**Leihweise elegante Frack- Rock- und Smoking-Anzüge**
**A. Patalong** Schneidermeister
**Bischofstraße 3.**

**Druckerei Volkswacht**
Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit
**Breslau 2, Flurstraße 4/6.**

**Antiqu. Volkswacht**
Modernes Antiquariat
Karte 1 Kur Sonntagsblatt

*Immer daran denken:*

**Henko ist besser!**

Henko macht das härteste Wasser schnell weich! Henko löst beim Einweichen spielend den Schmutz von der Wäsche! Henko ist beim Putzen und Scheuern billig und leistet sehr viel!

# Breslauer Nachrichten

Breslau, den 18. September 1928.

## Faule Ausreden

### Das verdünnte Hindenburgspalier

Es steht inzwischen fest, daß die Beteiligung am Fackelspalier heut abend lange nicht so groß sein wird, als man es der Polizei vorher gemeldet hat. Die einzelnen Vereine scheinen ihre Mitgliederzahlen hübsch nach oben abgerundet zu haben, und außerdem scheint unberücksichtigt worden zu sein, daß viele Mitglieder mehreren Vereinen angehören, aber doch nur an einer Stelle Spalier bilden können. Um die Blamage zu verbergen, hat man die Mär erfunden, die Arbeitgeber wollten ihren Arbeitern und Angestellten nicht rechtzeitig Feierabend geben, um sich an der Spalierbildung beteiligen zu können. Auf solche Art soll der „Klasseninstinkt" der Gelben und Unorganisierten gereizt werden, daß sie sich sagen: „Die Unternehmer wollen nicht, nun erst recht!"

In Wirklichkeit nehmen die Unternehmer, abgesehen von den Innungsmeistern, zwar selbst nicht an der Spalierbildung teil, aber sie sehen es recht gern, wenn die Arbeiter und Angestellten hingehen. Sie selbst haben ja Gelegenheit, Hindenburg bei den angesetzten Begrüßungsakten die Hand zu schütteln, die Arbeiter und Angestellte aber sollen ihn auf der Straße anhimmeln.

Wir glauben, daß sich die Neigung zur Spalierbildung noch merklich verringern wird, wenn die Arbeiter und Angestellten heute „Breslau im Flaggenschmuck" gesehen haben werden. Ueberall zeigen die schwarz-weiß-roten Patrioten wieder ihre Schande, indem sie die Fahnen herausstecken, die sie 1917 nicht abgeliefert haben, als das Vaterland in seiner Not um Windeln für seine Neugeborenen flehte. In den Vorstädten, besonders im Süden, war die Zurückhaltung der Republikaner heut morgen sehr groß. Nur wenige schwarz-rot-goldene Fahnen wurden herausgehängt. Denn wenn die Nationalisten eiern, liegt für die anderen kein echter Anlaß vor, es auch zu tun. In den Straßen der Innenstadt, die Hindenburg durchfährt, weht dagegen Schwarz-Rot-Gold in erdrückender Mehrheit.

Die Kommunisten haben gestern abend einen Zapfenstreich nach dem Schießwerder gemacht und dabei ununterbrochen „Nieda! Nieda! Nieda!" gegen den gerufen, den sie zum Reichspräsidenten machen halfen. Für aufrechte Republikaner ist der Hindenburgbesuch kein Anlaß zum Feiern. Hindenburg ist Ehrenmitglied des Stahlhelms geblieben, auch als dieser Verbrechen auf Verbrechen beging und hochverräterische Parolen ins Land schickte. Und wenn das nationale Strolchtum zur Feier aufmarschiert, halten sich Leute, die auf Ehre halten, lieber abseits. Das Nieda-Geschrei der Kommunisten ist aber ebenso widerlich, als die Heilrufe der Hakenkreuzler. Wir stimmen in beides nicht mit ein.

## Kein Paßvisum nach Italien mehr

Amtlich wird mitgeteilt: Zwischen der deutschen und der italienischen Regierung ist mit Wirkung vom 15. September dieses Jahres die Aufhebung des Sichtvermerkzwanges für die beiderseitigen Staatsangehörigen vereinbart worden. Durch diese Vereinbarung, die den Sichtvermerkzwang übrigens nicht für die Einreise in die italienischen Kolonien aufhebt, werden die zum Schutze des beiderseitigen Arbeitsmarktes gegen Ueberlastung mit ausländischen Arbeitskräften erlassenen Bestimmungen nicht berührt. Für deutsche Arbeiter und Angestellte empfiehlt es sich daher, zur Vermeidung unliebsamer Enttäuschungen stets vor einer Reise nach Italien bei dem zuständigen italienischen Konsulat eine Arbeitsgenehmigung (Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt) einzuholen. Die Aufhebung des Sichtvermerkzwanges bedeutet in keinem Falle auch die Beseitigung des Paßzwanges. Die Mitführung eines Reisepasses ist bei Auslandsreisen unerläßlich. Reisende ohne Paß müssen nach den geltenden Vorschriten an der Grenze zurückgewiesen werden.

### Extrablätter

werden heute wieder von profitlüsternen Verlegern herausgegeben werden. Nachdem der Oberpräsident den Reichspräsidenten begrüßt und dieser geantwortet hat, werden fünf Minuten später beide Reden, oder wenigstens die letztere als Extrablätter verbreitet werden, und das Publikum wird staunen, wie so etwas technisch möglich ist.

Die Sache ist sehr einfach. Wie immer bei solchen Anlässen sind die Reden vorher vereinbart. Die gesamte deutsche Presse ist längst im Besitze der beiden Reden und die Extrablätter können vorher in aller Ruhe fertiggestellt werden. Auf diese Weise ist sogar schon manche Rede gedruckt worden, die später garnicht gehalten wurde. Das ist dann ein Pech, wovon der Leser aber niemals etwas erfährt. Natürlich kommt es auch vor, daß solch eine Rede etwas anders ausfällt als das vorher der Presse übermittelte Manuskript.

Wir raten unseren Lesern, sich die Groschen für „Extrablätter" ruhig zu sparen. Die offiziellen Ansprachen werden garnichts sensationelles enthalten und man kann sie später in den Zeitungen auch noch genießen. Wichtiger als die Reden ist, daß von Berlin her wirklich etwas für unsere notleidende Stadt und Provinz geschieht, das aber hängt nur zum sehr geringen Teile von der Person des Reichspräsidenten ab, sondern von den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen.

### Breslauer Neusprachlerverein

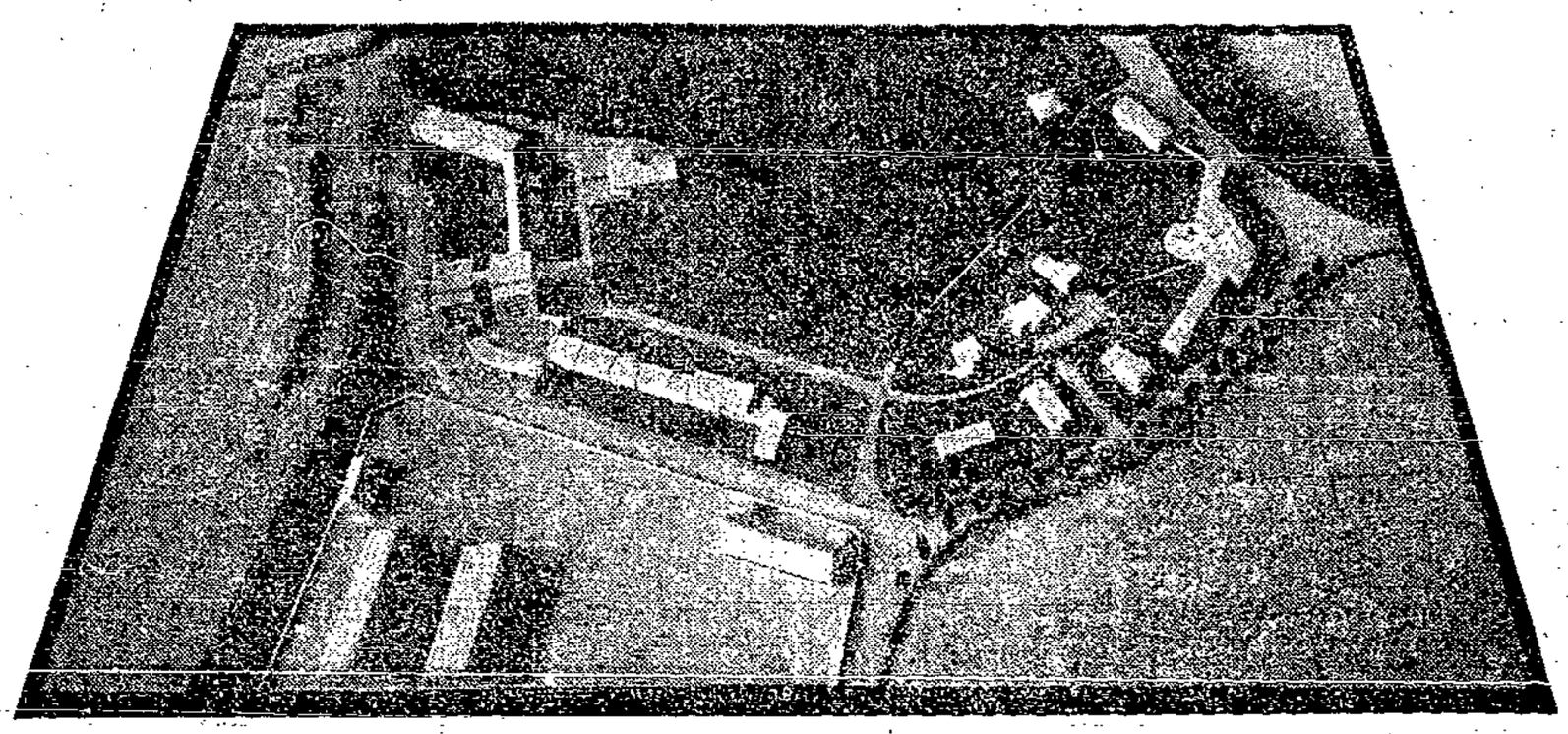
Am 12. dieses Monats fand eine Sitzung statt, in der Oberstudienrat Dr. Domann über „Rundfunk und Sprechmaschine im Dienste der Schule" sprach; er beleuchtete aus reicher Erfahrung die Vorteile und Mängel beider Hilfsmittel. Eine lebhafte Aussprache der ziemlich zahlreich Versammelten folgte, die noch manche wertvolle Anregung brachte. Zusammenfassend betonte Geheimrat Jantzen, daß beide Hilfsmittel weiter ausgebaut und vervollkommnet werden müßten und jedenfalls für die Zukunft viel versprächen. — Wünsche für die nächsten Sitzungen und Anregungen für die Neusprachler-Tagung in Breslau 1930 werden von dem Vorsitzenden, Studienrat Dr. Schulz, Breslau 1, Alexanderstraße 23, oder dem Schriftführer, Studiendirektor Dr. Preusler, Brieg, Piastenschule, jederzeit gern entgegengenommen.

*Kenner sehn's von weitem* **Pixavon** *schon, lockres Haar durch*

# Ausstellung „Wohnung und Werkraum"

Die Vorarbeiten für die Werkbundausstellung „Wohnung und Werkraum", Breslau 1929, sind nunmehr so weit gefördert, daß mit der eigentlichen Ausstellungsarbeit begonnen werden könnte. Für die Durchführung haben sich zur Verfügung gestellt: die Industrie- und Handelskammer, die Landwirtschaftskammer, die Handwerkskammer, der Innungsausschuß, der Hausfrauenbund und die Gewerkschaften.

Der Arbeitsausschuß der Siedlung hat, nachdem auf Grund des mehrfach durchgesprochenen Programms die Entwürfe der Einzelbauten aufgestellt sind, auch die für die Siedlungsanlage wichtigen allgemeinen Grundlagen mit den zuständigen behördlichen Stellen geklärt. Es sind die Fluchtlinien aufgestellt, die Entwässerungsfragen geklärt und die notwendigen Verhandlungen mit der Gartenverwaltung eingeleitet. Die Siedlung erhält Wärme und Warmwasser durch das Heizwerk der Straßenbahn, einige Einzelhäuser werden probeweise mit Gasheizung ausgestattet, die Herde sind ausschließlich Gasherde, so daß im ganzen Siedlungsgebiet Schornsteine überflüssig werden.



An Häusern werden ausgeführt: am Grüneicher Weg ein dreigeschossiges Laubenhaus mit Kleinstwohnungen (Architekten Heim und Kempter), eine Reihe kleiner, erweiterungsfähiger Einfamilienhäuser (Professor Wolf), ein neuer Typ eines Etagen-Miethauses (elastische Wohnungen) mit Läden, Wäscherei, Gemeinschaftsräumen, Ateliers und Dachgärten, Garagen (Professor Rading), ein Kleinwohnungs-Miethaus mit vier Wohnungen an einer Treppe je Stockwerk (Architekt Emil Lange), eine Reihe aneinandergebauter Einfamilienhäuser am Uechtritz-Weg, 57 bis 80 Quadratmeter Wohnfläche (Architekten Effenberger, Hadda, Häusler, Lauterbach, Moshammer).

Der an den Scheitniger Park anschließende Teil der Siedlung zeigt lockere Bebauung, es sind hier eine Reihe von Einzel- und Doppelhäusern mit Wohnflächen bis zu 150 Quadratmeter vorgesehen (Architekten Effenberger, Hadda, Häusler, Emil Lange, Lauterbach, Moshammer, Wolf). Den Abschluß der Siedlung nach dem Scheitniger Park zu bildet ein Wohnheim (Professor Scharoun) mit zirka 50 Wohn- und Schlafzimmern, die vielfach mit Bädern versehen sind, Gemeinschafts- und Speiseräumen und anschließenden großen Terrassen. Die Zimmer sollen zum größten Teil an Einzelpersonen abgegeben werden, einige wenige sind für junge Ehepaare bestimmt. Die Zimmer werden nur mit voller Pension vermietet.

Als Baubeginn für die Siedlung ist der 1. Oktober angesetzt. Eine Reihe neuer Konstruktionen soll probiert werden. Besonders berücksichtigt werden Skelett- und Montagekonstruktion. Auch einige Stahlmantelhäuser sind vorgesehen. Im übrigen sollen für die niedrigen Häuser auch Ziegelsparkonstruktionen und Betonbauweisen zur Anwendung kommen. Besonders wichtig könnte werden, daß zum erstenmal auf dieser Ausstellung auch Erfahrungen aus dem Schiffs- und Waggonbau ausgewertet werden sollen.

Auch der Arbeitsausschuß der Hallenausstellung hat so weit vorgearbeitet, daß durch die Gruppenleiter der wissenschaftlichen Abteilungen die Materialbeschaffung eingeleitet werden konnte.

Es ist der größte Wert darauf gelegt, daß die Hallenausstellung, die „Die Entstehung des Hauses" zum Thema hat, nicht den Charakter einer Messe erhält. Infolgedessen wird in der wissenschaftlichen Abteilung Miete nicht erhoben. Nicht alle angebotenen Ausstellungsgegenstände werden angenommen, sondern die Gruppenleiter der einzelnen Abteilungen suchen das Material heraus, das der großen Idee der Ausstellung entspricht. Sie laden besonders geeignete Firmen zur Beteiligung ein und stellen das Material so zusammen, daß sich ein lückenloser Ueberblick über den Aufbau des Hauses ergibt und alle Eigenschaften der Materialien an Ort und Stelle studiert werden können.

Der Rundgang durch die wissenschaftliche Abteilung beginnt mit der Planvorbereitung eines Hauses, zeigt das zum Hausbau verwendete Material als solches, in den anschließenden Abteilungen in seiner Anwendung und Verarbeitung verknüpft mit Konstruktionsidee, und führt dann, bevor er beim fertigen Haus endet, durch eine Zusammenstellung modellmäßig in natürlicher Größe aufgebaute Wohn- und Wirtschaftsräume. Diese Schau wird ergänzt durch eine kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Wohnung und Siedlung, sowie mit den Prinzipien der Garten- und Grundstückengestaltung.

Außerhalb dieser Abteilung ergibt sich eine Reihe von Sonderschauen, die sich insbesondere mit den wichtigsten Baumaterialien befassen werden. Ferner sind geplant in besonderen Abteilungen Zusammenstellungen der Bautätigkeit der Stadt Breslau in den letzten Jahren und der gemeinnützigen Siedlungstätigkeit in den Provinzen Nieder- und Oberschlesien. Die Tätigkeit der im Bund Deutscher Architekten zusammengefaßten Privatarchitekten soll eine weitere Sonderschau zeigen.

Den Uebergang von dieser Abteilung zur Abteilung „Werkraum" bildet eine Ladenstraße, in der alle Prinzipien der Licht- und Reklamegestaltung, sowie der Schaufensterdekoration entwickelt werden können.

Die Abteilung „Werkraum" zeigt vorwiegend Werkräume im Betrieb. Es ist hier vor allem an schlesische Handwerksbetriebe und Heimindustrien gedacht, die mit wirtschaftlichen Nöten zu kämpfen haben und mehr Beachtung verdienten, als sie heute genießen. Die Auswahl erfolgt im Einvernehmen mit der Industrie- und Handels- und der Handwerkskammer. Es ist vor allem an Handweberei, Glasveredelung, Korbflechterei, Tischlereibetrieb, eine Fabrikation eiserner Türen usw. gedacht. Außer diesen Werkstätten im Betrieb werden modellmäßig auch andere Arbeitsräume aufgebaut, so Sprech- und Wartezimmer eines Arztes, Atelier eines Architekten, Arbeitsraum eines Friseurs, Post- und Eisenbahnschalter usw. Das um die Hallen herum verbleibende Freigelände steht zur Verfügung für den Aufbau von Sonderkonstruktionen und für eine Sonderschau „Die Straße", die die verschiedenen Möglichkeiten der Straßenkonstruktion und des Straßenprofils zeigt.

Breslau ist in der glücklichen Lage, eine so umfangreiche Ausstellung ohne übermäßige Kosten durchführen zu können, da es ein Ausstellungsgelände und vorbildliche Hallen von einem Ausmaße besitzt, daß nur in den seltensten Fällen beträchtliche Neubauten notwendig sein werden. Nicht zureichend sind nur die Restaurationsräume. Es wird jedoch möglich sein, diese Erweiterungen den bestehenden Baulichkeiten anzugliedern und dadurch der Gesamtheit der Anlage einen besonderen Reiz zu geben.

Für die Besucher sind, über die Ausstellung verstreut, besondere Ruheräume vorgesehen. Innerhalb der Siedlung befindet sich auch ein Montessori-Kindergarten (Architekt Heim), der während der Dauer der Ausstellung im Betriebe gehalten wird, so daß die Ausstellungsbesucher die Möglichkeit haben, während ihres Besuches die Kinder dort unterzubringen.

Das Ausstellungsprogramm ist von vornherein so aufgestellt worden, daß es eine gewisse Elastizität besitzt. Der Umfang der Ausstellung wird abhängig sein von der Höhe der Mittel, die zur Verfügung stehen. Finanzielle Verhandlungen mit den Berliner Behörden schweben zurzeit.

Es wird im wesentlichen an Schlesien liegen, zu zeigen, was es leistet, welchen Kulturfaktor es innerhalb der deutschen Wirtschaft darstellt.

### Der aufgeregte Notstandsarbeiter

Vor dem Großen Schöffengericht stand der 25 Jahre alte Schachtarbeiter F., um sich wegen Erpressung zu verantworten. F. war im Winter längere Zeit hindurch Notstandsarbeiter gewesen, und da er vom Wohlfahrtsamt Kleidungsstücke erhalten hatte, wurde ihm von seinem Lohn allmöchentlich mehr als die Hälfte abgezogen. Da er auch für ein uneheliches Kind zu sorgen hat, wollte sein Verdienst immer nicht ausreichen, so daß er sich am Lohntag immer in einer gewissen Aufregung befand. So war es auch am 1. Februar d. J. Als ihm wieder eröffnet wurde, daß ihm 16 Mark abgezogen würden, regte er sich sehr auf, da er glaubte, daß die alte Schuld schon abgezahlt sein mußte. Der Angestellte konnte ihm natürlich nicht mehr auszahlen, als ihm angewiesen war, da er aber einen großen Krach befürchtete, sagte er dem F., daß er sich selbst nehmen möge, was er denke, zu bekommen. F. zählte sich dann auch sein Geld ab, 31.07 Mark, und schrieb in die Liste ein: „Selbst genommen. F.". Wie die Verhandlung vor dem Schöffengericht zeigte, lag eine Erpressung im Sinne des Gesetzes nicht vor, dagegen aber eine Nötigung. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf zwei Wochen Gefängnis.

### Amtsunterschlagung

Der Aushilfsweichenwärter Fritz Herbrich in Brockau muß auch zeitweise Fahrkarten ausgeben. Da wurden im Oktober vorigen Jahres in der Stammkarte Unregelmäßigkeiten entdeckt. Es war darin radiert worden und wie sich herausstellte, hatte H. eine Monatskarte, die er von Brockau nach Oppeln ausgegeben hatte, in der Stammkarte von Brockau nach Kattern eingetragen. Der Mehrbetrag von etwa 53 M. war nicht vorhanden. Dieselbe Unregelmäßigkeit wurde nochmals im September festgestellt, wo er eine Monatskarte von Brockau nach Ohlau ausgegeben, in der Stammkarte aber Brockau—Kattern angegeben hatte. Der Mehrbetrag von 11 Mark war ebenfalls nicht vorhanden. Obgleich H. als Beamter im Sinne des Gesetzes nicht anzusprechen ist, hatte er sich doch jetzt vor dem Großen Schöffengericht wegen Amtsunterschlagung zu verantworten, da er damals die Funktionen eines Beamten auszuüben hatte. Der Angeklagte bestritt, sich einer Unterschlagung schuldig gemacht zu haben. Die falsche Eintragung sei versehentlich in der Eile geschehen und wie die Fehlbeträge entstanden sind, das wisse er nicht. Das Gericht erkannte gegen ihn unter Zubilligung mildernder Umstände auf 6 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 10 Monate beantragt.

## Arbeiter-Bildungsausschuß Breslau

**Am Mittwoch, den 26. September,** abends 8 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine

## Tolstoi-Gedächtnisfeier

statt. — Vortragsfolge: Russische Volkslieder, gesungen von Frau Nina Olberg, Begleitung Dr. Edmund Nick, Vorlesung einer Erzählung von Tolstoi durch Regisseur Runge, Vortrag: „Die Werke Leo Tolstois" von Dr. Waldemar von Grumbkow.

Eintritt 50 Pfennig, Erwerbslose und Jugendliche die Hälfte, nur an der Abendkasse.

Eintrittskarten sind zu haben in den Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5, Neue Taschenstraße 11, Flurstraße 4; Inseratenannahme der „Volkswacht", Matthiasstraße 155, in der Sportzentrale, Friedrich-Wilhelm-Straße 69, Freie Volksbühne, Albrechtstraße 32, Lotterieeinnahme Lehnert, Am Sonnenplatz, im Gewerkschaftshaus: Restaurant und Parteisekretariat der SPD., Zimmer 37, in der Arbeiter-Bibliothek und in den Gewerkschaftsbüros, sowie bei den Betriebsvertrauensleuten.

# Prozesse ums tägliche Brot

## Gebildete unter sich

Der Lehrer S. hat die Absicht, weiterzustudieren, er besorgt für seine Lehrstunden einen Vertreter und vereinbart einen festen Stundenlohn. In der folgenden Zeit wurde der Vertreter auf einen ministeriellen Erlaß aufmerksam gemacht, der bei Vertretungen von festangestellten Beamten höhere Sätze vorschreibt. Er machte bald darauf seine Ansprüche geltend und klagte beim Amtsgericht auf Zahlung von Differenzlohn. Der Beklagte jedoch beantragte Klageabweisung, weil der hiesige Magistrat bei freiwilliger Vereinbarung auch niedrigere Sätze empfiehlt. Gegenseitig haben sie schriftliche und mündliche Abmachungen getroffen. Da der Kläger nicht persönlich erschien, wurde vertagt, um die mündlichen Versprechungen und Besprechungen zu klären.

## Wenn Frauen streiten

so hört man was. Als Kläger trat der Arbeitsbursche K. vor die Schranken, hinter ihm folgte seine Mutter, als Beklagter der Stellenbesitzer Gi., neben ihm seine Frau. Das männliche Geschlecht mußte aussichtslos auf Gehör verstummen, desto mehr redeten, überstürzten sich die Frauen. Das Klageobjekt war Restlohn, was die Frauen verfochten, waren ihre kleinen großen Alltagssorgen. Als die Sturzbäche ihre Kräfte langsam verloren, konnte der Richter Ruhe hineinbringen und den Streitfall schnell erledigen. Der Junge bekam sein Geld und die Frauen zogen beruhigt jede durch eine Tür ab.

## Der abgebaute Direktor

klagt Gehaltsforderungen, Tantiemen und Auslagen ein. In der heutigen Entwicklung der Wirtschaft werden Personen proletarisiert, die bisher auf der anderen Seite standen. Der Direktor Re. war das Haupt einer G. m. b. H., bei Aufnahme neuer Kapitalien und Umwandlung in eine Aktiengesellschaft wurde er angestellt. Nach einem Jahre entlassen, wurde er aus dem Betriebe hinausgedrückt. Seine Forderungen wurden von der Gesellschaft nicht mehr anerkannt; der Weg des Arbeiters ist aufs Arbeitsgericht, ihm bleibt kein anderer offen. Die Ansprüche werden dort als zu Recht bestehend erklärt, bis auf einen Teil der Tantieme, auf die er, auf Grund finanzieller Schwierigkeiten des Betriebes, vorzeitig verzichtet hatte.

## Der ältere Hotelportier

mit 30 Mark Monatsgehalt wurde entlassen, weil er körperlich nicht mehr der Stellung gewachsen war. Beim Betriebsrat legte er Einspruch wegen unbilliger Härte ein, der anerkannt wurde. Vor dem Arbeitsgericht klagt er nun auf Entschädigung. Eine zweite dauernde Entschädigung verlangt er, weil der Arbeitgeber ihn nur in der niedrigsten Klasse der Krankenkasse versichert hat, was sich jetzt bei der Erwerbslosenunterstützung für ihn als Nachteil zeigt. Seine Trinkgelder hat er nie angegeben, er hat auch nie den Antrag auf freiwillige Höherversicherung beantragt und wird deshalb mit der zweiten Entschädigungsklage abgewiesen, bei der ersten erhält er durch Vergleich 50 Mark zugesprochen.

## Der Sperling in der Hand

ist besser, als die Taube auf dem Dache. So dachte der junge Elektriker B., denn er hat wieder Arbeit bekommen und mußte sich bei nächstem Termin wieder drei Stunden versäumen. Lohndifferenz; allein vertrat er seine berechtigte Forderung. Das Tariflohn stimmte nicht, außerdem kam für ihn noch eine höhere Lohngruppe in Frage, da er 21 Jahre geworden war. Einen Teil erkannte der Beklagte Kpi. an, für den anderen wollte er Beweisaufnahme. Der Richter versuchte einen Vergleich. Das erste Angebot, 20 Mark, lehnte der Kläger ab. Zureden nach beiden Seiten, 25 Mark, der Elektriker überlegt. 40 Mark ist die Forderung — nein, lehnte wieder ab. Beide gehen bis an die Tür, der Richter versucht's mit den letzten Mitteln, und sie kommen zurück. Kin. zahlt das Geld hin und der junge Mensch nimmt an.

## Sarrasanis Einzug in Breslau

Am Donnerstag, 20. ds. Mts. zwischen 12 und 2 Uhr mittags wird Sarrasanis gewaltiger Troß, von Brieg kommend, in Breslau einmarschieren. Rund 200 Autolastzüge mit dem ungeheuren lebenden und toten Material der „Schönsten Schau zweier Welten", mit Löwen, Tigern, Polarbären usw. werden von 12 Uhr ab über die Ofenerstraße, Klosterstraße und andere Hauptstraßen nach dem Platz an der Festhalle rollen; die Vertreter von 42 Nationen aller Zonen, Indianer mit ihrem Häuptling „Weißer Büffel", Chinesen, Japaner, Inder, Tscherkessen, Grusinier, Mulatten, Neger, Brasilianerinnen, die hundert eigentümlichen Musiker werden ihren Einzug in Breslau halten und einen Vorgeschmack geben auf die exotischen Herrlichkeiten, die Sarrasani der Oderhauptstadt zeigen will. — Der Extrazug mit den 21 indischen Elefanten, den Hunderten von Pferden, Kamelen, Zebras, Büffeln, Stieren wird bereits am Donnerstag Vormittag gegen 10 Uhr auf dem Haupt-Güterbahnhof eintreffen. Im Laufe des Donnerstag wird dann auf dem Platz an der Festhalle das riesige Spielzelt errichtet werden; die kilometerlangen Ställe und die Fassade, die abends im Glanze von zehntausend elektrischen Lampen erstrahlen wird, stehen bereits. Freitag, den 21. ds. Mts. pünktlich 7,30 Uhr abends gibt Sarrasani seine Eröffnungsvorstellung, zu der noch Karten aller Preislagen reichlich vorhanden sind. Zahllose telephonische und briefliche Anfragen nach gewissen Einzelheiten des Breslauer Sarrasani-Gastspieles werden täglich an die Direktion gerichtet, die sich deswegen entschlossen hat, im heutigen Anzeigenteil dieses Blattes 15 Bekanntmachungen zu bringen, deren Beachtung unnütze Rückfragen und Mißverständnisse erspart. Vor allem sind über Sarrasanis Darbietungen und seine Preise vielfach falsche Vorstellungen verbreitet, deshalb sei besonders betont, daß Sarrasani in einer einzigen Riesenmanege immer gleich ganze Völker- und Tiergruppen zeigt, daß in allen Vorstellungen, auch nachmittags, gleichwertige Programme geboten werden. Sarrasanis billigster Platz ist 1,50 Mark, der teuerste sechs Mark, das Zelt enthält nur Sitzplätze. Sowohl zur Premiere wie zu allen anderen Vorstellungen sind noch genügend Karten aller Preislagen zu haben. Alle Gerüchte von „ausverkauft" sind falsch.

## Dankbar

Wir sagen so häufig von dieser oder jener Blume, daß sie so „dankbar" sei, und wir meinen damit, daß sie so lange Zeit hindurch blüht oder auch mehrere Jahre lang hintereinander Blüten entfaltet, und wir nehmen dieses als ihren Dank und unseren Lohn für gute und richtige und aufmerksame Pflege. Wir freuen uns natürlich darüber, finden es aber auch so ganz in Ordnung. — Ist es nun „undankbar" zu nennen, wenn andere Blumen wieder spärlicher und seltener blühen, wenn sie uns nicht gerade überschütten mit ihrer Zier? Auch dann, wenn wir ihnen an Pflege und Wartung unser bestes geben, und sie dennoch wenig Blüten hervorbringen, gaben sie auch damit ihr bestes! Es liegt dann eben in ihrer Art, in ihrer Natur, ihre Schönheit nicht zu verschwenden, sie mögen auch leicht empfindlicher sein gegen Witterungsschwankungen, oder unsere Gegend ist ihnen fremd: den einen ist unsere Sonne nicht ausreichend warm, den anderen unsere Luft nicht frisch und würzig genug. Sie mühen sich rechtschaffen, sich auch hier zurechtzufinden und unterstützen willig unsere eigenen Bemühungen, sich auch bei uns heimisch werden zu lassen. Wenn es aber damit nicht so recht glücken will, und sie ihr Köpfchen bald neigen müssen, wohl selbst enttäuscht ob der kurzen Dauer ihres Daseins, dann ist dies trotzdem nicht Undankbarkeit, womit sie sich unseren Liebesmühen um ihr Gedeihen abwenden. Nennen wir es doch lieber das Heimweh der Blumen, und seien wir selbst um so dankbarer dafür, daß sie, wenn auch selten, so doch überhaupt für uns blühen, und uns doch alles geben, was sie herzuschenken vermögen.

## Aufklärung von Einbruchsdiebstählen

Zu den bereits gemeldeten Einbruchsdiebstählen, und zwar in der Nacht zum 21. Mai in die Buchbinderei von Hadlok, Dominikanerplatz 5, in der Nacht zum 24. August in das Herrenartikelgeschäft von Schäfer, Ohlauer Straße 84, in der Nacht zum 4. September in das Glas- und Porzellangeschäft von Knittel, Schweidnitzer Straße 8, in der Nacht zum 8. September in die Musikalienhandlung von Hoppe, Zwingerplatz 8, und in das Reisebüro des Norddeutschen Lloyd, Neue Schweidnitzer Straße 6, ist es nunmehr der Kriminalpolizei nach umfangreichen Ermittlungen gelungen, den Täter in der Person des stellungslosen Fensterputzers Gerhard Holtzer, Freiburger Straße 10 wohnhaft gewesen, festzunehmen. Während er bei Knittel eine Gerüstleiter bis in den 4. Stock erkletterte und durch ein offenes Oberlichtfenster einstieg, benutzte er in allen anderen Fällen eine Fensterputzleiter und stieg über die Oberlichtklappe der Geschäftseingangstüren ein. In den Geschäftsräumen der Firma Schaefer kleidete er sich in aller Ruhe von Kopf bis Fuß neu ein, nahm aber sonst nur Bargeld mit. Auch bei Hoppe entnahm er der Registrierkasse und im Norddeutschen Lloyd einer Schublade nur Bargeld. Diese Barmittel verausgabte er im Verkehr mit Frauenspersonen und fuhr in Autodroschken viel umher. Personen, die von H. Gegenstände, die vermutlich aus Diebstählen herrühren, gekauft haben, werden hiermit aufgefordert, sich im Zimmer 57 des alten Polizeipräsidiums einzufinden, um nicht in den Verdacht der Hehlerei zu kommen.


**Gewerkschaftshaus-Lichtspiele**

**Wir beginnen morgen, 19. September, mit:**

**Der Bund der großen Tat**

**Der Harem von Buchara**

Einheitspreis 0.50 Mk. unter Vorzeigung des Ausweises

**Arbeiter-Sport-Kartell zu Breslau e. V.**


* **Sein [illegible]jähriges Ehejubiläum** feiert heute der Bildhauer Josef Wirle, Bahnhofstraße 4, mit seiner Ehefrau Martha, geb. Brederefe. Am selben Tage sind die Jubilare 30 Jahre Volkswachtleser. Wir gratulieren herzlich!

* **Ihren siebzigsten Geburtstag** feierte gestern unsere Genossin Pauline März, Bergmannstraße 9. Die „Volkswacht" ist seit 26 Jahren in ihrem Hause. 19 Jahre gehört sie der Partei an. Wir wünschen ihr noch ein recht langes und frohes Alter!

* **Silberhochzeit** feiert heute der Genosse Artur Strauß, Bärenstraße 38, mit seiner Frau Therese. Genosse Strauß ist schon seit 30 Jahren Leser der „Volkswacht". Wir gratulieren herzlich!

* **Weltjugendliga.** Dienstag, den 25. September, 20 Uhr, in der „Weißen Schleife", Alte Taschenstraße. Dr. Konrad Bedau berichtet über das Weltjugendlager am Chemin des Dames, Walter Friemelt über die Kriegsdienstverweigerer-Tagung in Sonntagsberg.

* **Oberlandesgerichtspräsident Witte** hat nach Rückkehr vom Urlaub seine Dienstgeschäfte wieder übernommen.

* **Bund der Kinderreichen, Bezirk Nikolaitor.** Mittwoch, den 19. September, abends 8 Uhr, Versammlung im Gasthaus „Alsen", Alsenstraße 12.

* **Kommunistisches.** In der vergangenen Nacht sind von der Polizei vier Mitglieder der KPD. festgenommen worden, die an verschiedenen Häusern und am Oberpräsidium mit roter Farbe „Nieder mit Hindenburg" angemalt hatten. An der Schloßrampe war ebenfalls angeschrieben worden „Hindenburg will wieder Mord, schafft den alten Papa fort." Die einstigen Förderer der Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg wurden in das Polizeigefängnis eingeliefert.

**Aus dem Betriebs-Echo Nr. 5:**

Kampf allem Pharisäer- und Heuchlertum! Von unserer Arbeit. Skandalöse Behandlung der Bergarbeiter in Niederschlesien. Wie stark sind die Kommunisten? Kommunistische Spitzelphantasien.

**Parteigenossen!** Holt das Echo bald im Parteisekretariat, Zimmer 37, ab. Es gehört in jeden Betrieb.

# Sozialdemokratische Partei

**Partei-Sekretariat:**

**Gewerkschaftshaus, Zimmer 36**

**Erweiterter Parteivorstand.** Heute Dienstag abend 8 Uhr wichtige Sitzung im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses.

**Distrikt 15.** Wegen der heutigen Sitzung des Erweiterten Parteivorstandes findet die Funktionärversammlung bereits um 7 Uhr statt.

**Distrikt 28.** Heute abend 8 Uhr bei Görlich, Löschstraße, Frauenversammlung. Es spricht Dr. med. Korn.

### Jungsozialisten

**An die Funktionäre!** Unsere Funktionärversammlung findet heute abend nicht statt, da uns von der Lokalkommission der Gewerkschaften die Zimmer des Gewerkschaftshauses gesperrt worden sind.

**An unsere Mitglieder!** Das Gruppentreffen Breslau-Liegnitz findet Sonntag, den 23. September, in Maltsch statt. Meldet euch sofort bei euren Gruppenobleuten an. Der Fahrpreis beträgt 1,90 Mark. Treffpunkt und Abfahrt werden noch bekanntgegeben.

### Sozialistische Arbeiterjugend

Die Baracke an den Teichäckern wird umgebaut. Irgendwelche Veranstaltungen können in der nächsten Zeit nicht stattfinden. Näheres im Jugendsekretariat.

**Sprechchor.** Heute 20 Uhr beginnen wir unsere neue Arbeit. Da wir bereits am 9. November die Revolutionsfeier mit ausgestalten helfen, müssen alle pünktlich im Heiligen-Geist-Gymnasium erscheinen und recht viele neue Mitarbeiter mitbringen.

**Heim 1.** Wir haben morgen abend um 8 Uhr Probe in der Kletschkau-Schule.

**Heim 4.** Es haben noch einige Mitglieder die Jugendvolksbühne zu bezahlen. Das muß bis spätestens Donnerstag abend bei der Genossin Köbe, Lewaldstraße 10, erledigt sein. Spieler von „Frische Luft" und Sprechchor sind morgen abend pünktlich 8 Uhr zur Probe bei E. Seidel, Opperauer Straße 19.

**Heim 7.** Die morgige Probe findet nicht, wie gestern gemeldet wurde, in der Baracke statt, sondern im Elisabeth-Gymnasium, Zimmer 10. Volksbühnengeld nicht vergessen.

### Freigewerkschaftliches Jugendkartell

**Metallarbeiterjugend.** Heute Dienstag kommen wir pünktlich 19 Uhr im Heim zusammen. Unsere Kollegen erzählen von Hamburg und Helgoland. Außerdem müssen sich alle Kollegen melden, die wieder Mitglieder der Volksbühne werden wollen.

**Bekleidungsarbeiterjugend.** Wir treffen uns heute im Bürozimmer im Gewerkschaftshause zu Brettspielen und Unterhaltung. Freitag Vortragsreihe, „Der 13. Gewerkschaftskongreß in Hamburg und die Jugend".

**Buchbinderjugend.** Freitag abend 7½ Uhr im Heim besprechen wir Fachfragen.

**Sattler- und Tapeziererjugend.** Sonntag, den 23. September, Radtour nach Jungfernsee. Treffpunkt 7 Uhr am Mauritiusplatz (Halbtagstour).

**Z.d.A.-Jugend.** Heute 20 Uhr für beide Heime gemeinsam im Heim 1 Sprechchorprobe. Donnerstag, den 20. September, 20 Uhr, Heim 1: Vortrag über das Thema „Jugend und Alkohol". Heim 2: Vortrag über das Thema „Jugendbewegung in anderen Ländern". Jugendfreunde, erscheint recht zahlreich zu diesen Vorträgen!

**Deutsch-Lissa.** Wir treffen uns heute in der neuen Schule zu unserem Arbeiterdichterabend. Erscheint alle gegen 20 Uhr.

### Von den Arbeiterkinderfreunden

**Achtung, Helfer!** Wir sind heute abend wegen dem Barackenumbau im Gewerkschaftshause zur Helfersitzung.

### Bund der Freidenkerjugend

Genosse Kramer spricht heute weiter über „Arbeiterbewegung". Heute bringen alle Volksbühnenmitglieder 70 Pf. mit, wir gehen Freitag ins Theater.

* **Kraftfahrzeug-Razzia.** Bei einer am Sonntag abend in der Kaiser-Wilhelm-Straße bei „Wiesenthal" und in der Frankfurter Straße am „Letzten Heller" von der Verkehrspolizei durchgeführten Kraftfahrzeugkontrolle wurden 480 Autos und Motorräder kontrolliert. Dabei wurden 7 Autos und 10 Motorräder sichergestellt, die ohne Papiere oder unter starker Geräuschentwicklung gefahren wurden.

* **Unfall an der Michaeliskirche.** Gestern vormittag von 11 Uhr, ereignete sich bei den Ausbesserungsarbeiten am großen Turm der Michaeliskirche in einer Höhe von 50 Metern ein schwerer Unfall. Einem Gerüstbauer, der auf der Leiter hantierte, die eben erst aufgerichtet war, fiel plötzlich ein Stück Sandstein von einer Verzierung der Pyramide auf den Kopf. Er behielt trotzdem die Kraft, sich noch so lange an der Leiter festzuhalten, bis ihn seine Mitarbeiter in das Innere des Turmes ziehen und die Turmtreppe hinabtragen konnten. Er wurde sofort ins Krankenhaus „Bethlehem" auf der Sternstraße gebracht, wo ein Schädelbruch festgestellt wurde. Lebensgefahr besteht jedoch nicht.

* **Unfug.** Einem Dekorateur, der gestern früh mit dem Dekorieren der Freiheitsbrücke beschäftigt war, wurden von einigen Männern verschiedene Sachen, so z. B. eine Steigeleiter, eine weiß-rote Fahne und andere Utensilien in die Oder geworfen. Einer der Männer wurde als ein Arbeiter von der Hirschstraße festgestellt.

* **Taschendiebstahl.** Einer Schlosserfrau von der Schweitzerstraße 25 wurde in der Wartehalle der städtischen Freibank ihr Portemonnaie, enthaltend 8 Mark, fünf Gasmünzen, sowie Rabattmarken eines Konsumvereins aus ihrer Rocktasche gestohlen.

* **Der „Freund" des Enkelsohnes.** Bei einer Frau in der Frankfurter Straße erschien gestern ein unbekannter Mann, der vorgab, im Auftrage des Enkelsohnes Geld und Lebensmittel abzuholen, da der Enkelsohn auf Montage fahren müsse und nicht mehr Zeit habe, selbst die Sachen zu holen. Die Frau gab dem Manne 8 Mark und Lebensmittel, womit der „Freund" verschwand. Später stellte sich heraus, daß der Freund ein Schwindler war.

* **Von einem Radfahrer umgefahren** wurde am Montag nachmittag An den Kasernen das Mädchen Ursula Anders. Dabei erlitt es einige Verletzungen und wurde mit einem Privatauto in das Allerheiligen-Hospital geschafft.

* **Stoffdiebstahl.** In ein Maßschneidereigeschäft im Hause Schmiedebrücke 29a drangen in der Zeit vom 14. bis 17. September Einbrecher mit Nachschlüsseln ein, die 26 Kupons Kleider- und Mantelstoffe zu 3 und 6 Metern entwendeten und unbemerkt mit dieser Beute entkamen.

* **Schlesische Philharmonie.** Die Abonnements-Annahme für die zwölf Sinfonie-Konzerte der Schlesischen Philharmonie im großen Konzerthaussaal hat gestern an dem 2. Schalter der Stadttheater-Kasse begonnen und findet täglich in den üblichen Vormittags-Kassenstunden von 10 bis 14 Uhr statt. Es werden 30 Prozent Ermäßigung auf die Kassenpreise gewährt. Näheres siehe Anschlagsäulen.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, Anfang 20 Uhr, gelangt als 2. Abonnements-Vorstellung der Serie A Mozarts „Die Zauberflöte" in der Neuinszenierung von Dr. Graf unter musikalischer Leitung von Richard Lert zur Aufführung. Mittwoch 20 Uhr, 2. Abonnements-Vorstellung der Serie B „Das Rheingold", Donnerstag, 19,30 Uhr, 2. Abonnements-Vorstellung der Serie E „Carmen".

* **Lobe-Theater.** Dienstag bis einschließlich Freitag letzte Vorstellungen des großen Heiterkeitserfolges „Hokuspokus" von Curt Goetz. Sonnabend, 20 Uhr, Erstaufführung des von Max Ophüls neuinszenierten Dramas „Der lebende Leichnam" von Leo Tolstoi zur Feier des 100. Geburtstages des Dichters.

* **Thaliatheater.** Heute und die folgenden Tage 20 Uhr bis einschließlich Freitag „Arm wie eine Kirchenmaus", Lustspiel von Ladislaus Fodor. Sonnabend 20 Uhr Erstaufführung „Der Prozeß Mary Dugan" von Bayard Veiller.

* **Schauspielhaus.** Heute, Dienstag, und die folgenden Tage gelangt die mit stürmischer Heiterkeit aufgenommene Operette „Prinzessin Ti-Ti-Pa" von Robert Stolz zur Aufführung.

* **John Olm's**, der Uhrenkönig und Zauberer, der aus Amerika zu Liebich kam, ist ein guter Deutscher. In Meißen geboren, mit 12 Jahren nach Franzisko gekommen, war er ursprünglich im Uhrengeschäft seines Onkels tätig und interessierte sich bereits in frühester Jugend lebhaft und aktiv für Geschicklichkeitsspiele und Fingerfertigkeiten. Nachdem er 36 Jahre in Amerika Artist gewesen, arbeitet Olm's jetzt erstmalig in Deutschland und bestrickt mit seiner anmutig gefälligen und vollendeten Art moderner Illusionen allabendlich die begeisterten Liebich-Besucher.

* **Viktoria-Theater.** Heute letztmalig „Lilly, die Kokotte" mit Elfriede Mertens. Ab morgen täglich 8½ Uhr „Im und unterm Bett" oder „You-You, die Nachtwächterstochter" mit Elfriede Mertens in der Hauptrolle.

# Theater und Musik

## Stadt-Theater

### „Lohengrin" — „Madame Butterfly"

Der diesmal ganz besonders starke Personalwechsel an unserer Oper erhöht, für den Anfang der Spielzeit jedenfalls, das Interesse für die repertoiremäßig herausgebrachten, also weder neu inszenierten, noch [illegible] gründlich vorbereiteten Werke. Nicht gerade glücklich ist er, nach diesen Erfahrungen zu [illegible]. Es sieht so aus, als wollten sich gleichwertige Nachfolger weder für Witt, dessen Abwesenheit sich bereits in der vorigen Saison [illegible], [illegible] finden lassen. Gustav Wünsches Lohengrin ist zwar eine ansehnliche Leistung, aber er ist kein Heldentenor großen Formats. Es darf ihm zugestanden werden, daß [illegible] Material vorhanden ist. [illegible]

Seidelmann an das an diesem Abend dynamisch ausgezeichnet schattierende Orchester bemühte, so wenig Interesse [illegible], die anschließend matt und nicht immer rein klangen. — Von neuem sei darauf aufmerksam gemacht, daß der verdeckte [illegible] einen akustisch höchst ungünstigen Platz hat, ohne Schaden für das Gesamtbild ließe sich hier gewisse Abhilfe schaffen.

Auch in der Butterfly-Aufführung trat ein neuer Tenor auf. Der [illegible] gibt mit seinen paar nur [illegible] Schmelz [illegible] Lyrismen nur wenig Aufschluß über die Begabung seines Vertreters. Willy Frey's [illegible] Tragfähigkeit; [illegible] Darstellerisch blieb er unbedeutend. Neben der Butterfly Erika Darbus hatte er in dieser Hinsicht allerdings einen schweren Stand. Seit langem sah unsere Bühne keine so interessante, reizvolle Gestalt. Frau Darbus [illegible] die kleine Japanerin wirklich als eine Art Schmetterling auf: flatterhaft, impulsiv, nervös. Sie hat nichts von der schon zur Schablone gewordenen Süßigkeit [illegible], sondern gibt sich eher etwas herb. Auch die [illegible] Kein Ton verließ ihre Lippen, ohne daß er sich der Seele abgerungen hätte. Das bedauernswerte Schicksal der treulos verlassenen [illegible] wurde in dieser intensiven Gestaltung wahrhaft erschütternd. Den Konsul Sharpleß stattete Leo Weith mit seinem warmen und weichen Bariton aus, äußerlich gab sich der sonst so bewegliche Künstler etwas steif und zurückhaltend und ließ es an weltmännischem Auftreten fehlen.

W. G—der.

# Arbeit und Wirtschaft

## Die Besetzung der Arbeitsämter

Am 1. Oktober erfolgt die Eingliederung der Arbeitsämter in die Reichsanstalt für Arbeitslosen-Versicherung und Arbeitsvermittlung. Die Berufung der Vorsitzenden der Arbeitsämter und ihrer Stellvertreter ist in zwölf Landesarbeitsamtsbezirken abgeschlossen; nur im Rheinland steht die Berufung noch aus. Es wäre zu wünschen, daß auch dort bald klare Verhältnisse geschaffen werden; denn gerade im Rheinland haben sich in der letzten Zeit in verschiedenen mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Fragen wenig erfreuliche Zustände herausgebildet. Im großen und ganzen sind die Berufungen auf Grund weitgehender Uebereinstimmung bei den Entscheidungen der Landesarbeitsämter erfolgt, wobei freilich zu beachten ist, daß den Beschlußfassungen meist lange und oft schwierige Kompromißverhandlungen vorausgegangen sind. Die Entscheidung fiel im wesentlichen bei den Landesarbeitsämtern. Sie sollte dort fallen, da ja die Reichsanstalt möglichst dezentralistisch arbeiten will. Schwierig waren auch die Verhandlungen, die der Berufung des Vorsitzenden für das Arbeitsamt Berlin-Mitte vorausgingen. In Berlin sind die bisherigen 22 Arbeitsnachweise auf 9 vermindert worden, d. h. es wurde ein Hauptarbeitsamt Berlin-Mitte mit den entsprechenden Fachnachweisen geschaffen. An die Spitze von Berlin-Mitte tritt Dr. Kuntze vom Arbeitsamt Leipzig. Kuntze war früher Berufsberater in Frankfurt a. M. und ging von da nach Leipzig. Die Berliner Lösung darf als glücklicher Griff betrachtet werden; denn Kuntze ist zweifellos ein guter Kenner des Arbeitsmarktes und seiner Probleme.

Die Berufung der Arbeitsamtsvorsitzenden ist zunächst nur eine kommissarische für etwa drei bis sechs Monate. Das ist notwendig, denn für eventuell notwendig werdende Aenderungen in den Berufungen muß mindestens ein gewisser Spielraum bleiben. Niemand kann voraussehen, ob sich jeder, der berufen wurde, auch bewährt. Man darf nicht vergessen, daß unter den neuen Arbeitsamtsleitern auch Leute sind, die in ein verhältnismäßig neues Arbeitsgebiet kommen und sich im Anfang bei der Einarbeitung schwer tun werden. Ob alle, die sich berufen fühlten, sich auch den Aufgaben, die ihnen bevorstehen, gewachsen fühlen werden, müssen die nächsten Monate zeigen. Die Aufgaben der Vorsitzenden der Arbeitsämter sind keineswegs leicht; sie sind, wenn ein Vergleich gestattet ist, sicherlich in vielen Dingen schwerer und komplizierter als die Arbeit eines Landrates.

Unerfreulich ist, daß in manchen Gebieten, vor allem in Bayern und Württemberg, das bürokratische Element sehr stark in die Leitung eingedrungen ist. Der Ansturm der Bürokratie auf leitende Posten der Arbeitsämter war zeitweilig geradezu fürchterlich. Die Abwehr der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gegen diesen Bürokratenansturm war, wie der Abschluß der Berufung zeigt, leider nicht überall erfolgreich. Wenig erfreulich sind auch die starken Tendenzen auf Verbeamtung der Leiter der Arbeitsämter. Ein Teil von ihnen steht ja bereits im Beamtenverhältnis und bei der starken Sehnsucht nach Verbeamtung, die nun einmal in weiten Kreisen des deutschen Volkes wie eine ewige Krankheit besteht, muß befürchtet werden, daß die nicht im Beamtenverhältnis stehenden Arbeitsamtsleiter so lange bohren und drängen, bis auch sie Beamte und nach einer rückständigen, überlebten Auffassung den im Beamtenverhältnis befindlichen Kollegen „gleich" gestellt sind. Es wäre begrüßenswert, wenn die maßgebenden Stellen der Verbeamtungssehnsucht gegenüber etwas die kalte Schulter zeigen würden.

Die Uebergangszeit ist offiziell am 1. Oktober abgeschlossen. Ein baldiges einwandfreies Funktionieren der ganzen Reichsanstalt ist dringend notwendig. Manche Gemeinden wollen sich keine Kosten mehr für die Nachweise machen und lassen auf gerade sein. Die Folge ist z. B., daß es Arbeitsämter gibt, bei denen es sogar an den notwendigsten Orientierungsplakaten fehlt. Rasches und gutes Funktionieren der neuen Spitzen ist also für den Augenblick das Wichtigste; denn der Herbst steht vor der Tür und die Arbeitslosigkeit steigt.

## Ungünstiger Schiedsspruch für die schlesische Textilindustrie

Für die schlesische Textilindustrie ist am Sonnabend in Breslau vor dem Schlichter ein Schiedsspruch gefällt worden, der in der Arbeitszeit bei der über 48 Stunden hinausgehenden vom Arbeitgeber angeordneten Mehrarbeit eine Kürzung von 53 auf 51 Stunden brachte. Als Ganzes betrachtet, befriedigt der Schiedsspruch nicht; es ist daher kaum damit zu rechnen, daß er von den Arbeitnehmern angenommen wird.

## Vor der Aussperrung in München-Gladbach

In München-Gladbach ist am Sonnabend von allen den Arbeitgeberverbänden angeschlossenen Firmen die Kündigung ausgesprochen worden. Soweit man sieht, ist die Aussperrung der Textilarbeiter in München-Gladbach so gut wie sicher.

## Was den Landarbeitern für Arbeitsverträge zugemutet werden

Der „Pommersche Landbote" publiziert in Nr. 36 einen Arbeitsvertrag, wie er Landarbeitern auf dem Rittergut Staffelde, Kreis Randow, zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Der Arbeitsvertrag hat folgenden Wortlaut:

„Arbeitsvertrag.

Der Arbeiter ..... übernimmt ab 1. April 1928 auf dem hiesigen Gut die Stelle eines Deputatarbeiters. Er verpflichtet sich, einen Hofgänger zu stellen.

Der Vertrag läuft zunächst ab 1. Oktober und dann laufend ein Jahr bei halbjähriger Kündigung. Bei Nichteinhaltung der Gestellung des verpflichteten Hofgängers kann dies die Kündigung des Vertragschließenden selbst nach sich ziehen. Die Bezahlung erfolgt zurzeit nach dem jeweilig gültigen Landbundtarif der Kreisgruppe Randow, kann aber jederzeit erforderlichenfalls geändert werden. Jedenfalls wird der Tarif gezahlt, der als gesetzlich und rechtsverbindlich erklärt wird.

Sollte sich herausstellen, daß der Vertragschließende Mitglied des Landarbeiter-Verbandes ist oder einer anderen linksstehenden Organisation, steht dem Arbeitgeber das Recht zu, fristlos zu kündigen.

Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses, verbunden mit Räumung der Werkwohnung, kann auch dann eintreten, wenn der Arbeiter einen Familienangehörigen in seiner Wohnung beherbergt, welche nicht auf dem hiesigen Gute arbeitet.

Die Familie verpflichtet sich, in jedem Jahre mindestens einen Morgen Runkelrüben zu bearbeiten, welche nach den jeweiligen Sätzen bezahlt werden.

..... verpflichtet sich ausdrücklich, sofern er imstande ist, z. B. wenn andere Kinder eingesegnet werden, auch einen zweiten Hofgänger zu stellen.

Die Gutsverwaltung Staffelde, P. Tantow.
J. A.: Sander."

Dieser Arbeitsvertrag ist ein neuer Beweis für den Haß, mit dem die landwirtschaftlichen Unternehmer dem Koalitionsrecht der Landarbeiter gegenüberstehen. Obwohl es nach der Verfassung, seine Familienangehörigen nach eigenem Willen um sich zu organisieren, wo es ihm beliebt, und obwohl bis jetzt kein Landarbeiter etwas dabei gefunden hat, wenn sich die Landwirte in dem republikfeindlichen und reaktionären Landbund organisieren, glaubt die Gutsverwaltung Staffelde, die Zugehörigkeit zum Deutschen Landarbeiter-Verband mit fristloser Entlassung ahnden zu müssen. Die Sache wird noch interessanter, wenn man erfährt, daß der Besitzer des Rittergutes die Rolle des Amtsvorstehers spielt.

Soweit die Bestimmungen über die Besetzung der Wohnung in Frage kommen, offenbaren sie ein Stück Unmoral. Sie nehmen jedem Landarbeiter, der auf dem Gute Staffelde beschäftigt ist, das selbstverständliche Recht eines jeden deutschen Familienvaters, seine Familienangehörigen nach einigenem Willen um sich versammeln und beherbergen zu können. Genau gesehen, ist selbst die Meinung nicht zu kühn, daß auch die Kinder in der Wiege keine Aufenthaltsberechtigung in einer Werkwohnung des Gutes Staffelde haben. Die Bestimmungen sind um so schändlicher, die Unmoral ist um so größer, als es sonst gerade immer die landwirtschaftlichen Unternehmer sind, die sich als Schützer des Familienlebens aufspielen.

In erster Linie gehen die Zumutungen der Gutsverwaltung in Staffelde die Landarbeiter an. Sie müssen daraus die Erkenntnis ziehen, daß der Zusammenschluß im Deutschen Landarbeiter-Verband notwendiger denn je ist. Dann haben aber auch die Behörden die Pflicht, sich um den Arbeitsvertrag zu bekümmern. Sie müssen die Gutsverwaltung in Staffelde darauf hinweisen, daß die Bestimmungen, die von der Organisationszugehörigkeit sprechen, gegen die Reichsverfassung verstoßen und deshalb völlig ungesetzlich sind.

## Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung für die Reichs- und Staatsarbeiter

Die seit langer Zeit schwebenden Verhandlungen über die Schaffung einer Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgungskasse für die Reichs- und preußischen Staatsarbeiter sind am Montag im Reichsfinanzministerium zum Abschluß gekommen. Die Kasse tritt mit Wirkung vom 28. Oktober 1928 in Kraft. Die einzelnen Bestimmungen entsprechen zwar nicht voll den Wünschen der Arbeitnehmerorganisationen, doch sind die Vereinbarungen auch bezüglich der älteren Arbeiter so, daß die Organisationsvertreter dem vorliegenden Entwurf ihre Zustimmung geben konnten.

## Die Bergbaufrage vor dem Internationalen Arbeitsamt

Am Montag trat beim Internationalen Arbeitsamt in Genf eine Kommission zur Besprechung der Bergbaufrage zusammen. Sie besteht aus Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der im Verwaltungsrat des I. A. A. vertretenen Nationen; den Vertretern steht eine Anzahl Sachverständiger zur Seite. Die Bergarbeiterinternationale hat ihren Vorsitzenden Smith-England, ihren Generalsekretär de Lattre-Belgien und den Wirtschaftler des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Dr. Berger-Bochum als Sachverständige delegiert. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die internationale Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen im Bergbau, vor allem der Arbeitszeitbedingungen, sowie die Frage der Einberufung einer Weltkohlenkonferenz zwecks Anbahnung einer internationalen Kohlenverständigung.

Am 20. September tritt in Köln das Internationale Bergarbeiter-Exekutiv-Komitee zusammen, um zum Ergebnis der Genfer Aussprache Stellung zu nehmen.

## Keine Arbeitsaufnahme im Melbourner Hafenarbeiterstreik

**London**, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Melbourne wird gemeldet, daß in der Beilligung des australischen Hafenarbeiterstreiks eine Stockung eingetreten ist, da die Hafenarbeiter von Frematle und Brisbane in einer neuen Urabstimmung ihre Weigerung, den Schiedsspruch anzunehmen, ausgesprochen haben. Die Unternehmer haben daraufhin an die Gewerkschaften ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklären, an der vorgesehenen gemeinsamen Aussprache nicht teilzunehmen, bis alle Arbeiter sich dem Schiedsspruch unterworfen haben.

# Verbandstag der Dewog

### Erfolgversprechende Wege zur Gemeinwirtschaft

Die große Tagung der Dewog-Revisionsvereinigung war sehr stark besucht. Rund 300 Delegierte, dazu zahlreiche Behördenvertreter und Gäste waren im Gewerbehaus zu Dresden versammelt. Genosse Linnekе wies in seiner Eröffnungsrede auf die Bedeutung des Revisionsverbandes hin. Dieser soll nicht nur seinen gesetzlichen Pflichten genügen, sondern zur Zusammenfassung der gesamten Bestrebungen, die sich bezüglich des gemeinnützigen Wohnungsbaues ergeben, berufen sein. Ferner ist die Dewog-Revisionsvereinigung der rechte Boden, die Wohnungskultur in all ihren Ausstrahlungen zu fördern.

Von den Behördenvertretern begrüßte als erster Oberregierungsrat Dr. Rusch vom sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium den Verbandstag. Redner betonte, daß die sächsische Regierung im engsten Einvernehmen mit den gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften gearbeitet habe, nur dadurch ist es möglich geworden, in Sachsen im Vorjahre 22 000 Wohnungen zu errichten. Vom preußischen Wohlfahrtsministerium begrüßte Oberregierungsrat Baumgarten den Verbandstag. Es sei ihm eine Freude, auf diese Weise persönliche Fühlung mit der Dewog-Revisionsvereinigung zu nehmen. Das preußische Wohlfahrtsministerium mißt den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften eine erhebliche Bedeutung bei. Sie sollen und müssen die Pioniere der Wohnungsreform sein. Das Ministerium erkennt die Arbeit der Dewog-Revisionsvereinigung rückhaltlos an.

Nachdem der Vertreter der Stadt Dresden den Verbandstag begrüßte, nimmt Herr Dr. Meyer von der Deutschen Landpfandbriefanstalt das Wort, um darzutun, daß es den Hypothekenbanken um ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Dewog-Revisionsvereinigung zu tun sei. Als Vertreter des Bezirksvorstandes der SPD. Sachsens und zugleich der Reichstagsfraktion nimmt Genosse Lipinski, Leipzig, das Wort. In seiner Begrüßungsansprache setzt er die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für den Wohnungsbau auseinander. Ihr ist es zu verdanken, daß im Reichstage eine feste Linie in der Beurteilung dieser Frage einzuschlagen sich beginnt. Die wichtigste Angelegenheit bei alledem ist die Finanzierungsfrage. Die Fraktion werde alles tun, um die nötigen Geldmittel herbeizuschaffen. Nötigenfalls muß Auslandsgeld herangezogen werden. Die Ergebnisse der Hauszinssteuer müssen dem Wohnungsbau restlos zur Verfügung gestellt werden. Genosse Menke sprach für die Sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages und der Genosse Ellinger begrüßte den Verbandstag im Namen der Sozialen Baubetriebe und deutschen Bauhütte. Er hob die enge Verbundenheit der letzteren mit der Dewog hervor. Begrüßenswert sei eine engere Verbindung als bisher. Im Namen der Arbeiterbank sprach Genosse Koch und für den Baugewerksbund richtete der Vorsitzende Scheibe einige Worte an den Verbandstag. Redner betonte, daß die Bauarbeiter nach wie vor für eine Vergesellschaftung des Bau- und Wohnungswesens eintreten. Die Wohnung ist die wichtigste Voraussetzung jedes Kulturlebens. Ferner sprachen die Genossen Giesner für den ADGB. und Seidler für den Bund deutscher Mietervereine.

Der bekannte Vorkämpfer der gemeinnützigen Wohnungsbauvereinigungen Landtagsabgeordneter Hermann Meyer-Solingen berührte in seinem großen Referat über „Die heutige Lage des Kleinwohnungsbaues und die gemeinnützigen Bauvereinigungen aller Fragen, die mit diesem Problem zusammenhängen. Wir halten aus dem Vortrage folgendes fest: Die Wohnungsnot ist in den zehn Jahren nach dem Kriege nicht geringer geworden. Noch immer sind 1 Million Wohnungsuchende vorhanden. Es bedarf aller Anstrengungen, um der Wohnungsnot Herr zu werden. Nach den Worten des Präsidenten der Haus- und Grundbesitzervereine Hamar gibt es keine Wohnungsnot. Die Wohnungen seien nur nicht richtig verteilt. Daß die Wohnungen nicht richtig verteilt sind, ist auch unsere Meinung, jedoch haben die Minderbemittelten davon keinen Vorteil. Eine erfreuliche Entwicklung der Wohnbautätigkeit ist nach der Stabilisierung festzustellen, dennoch ist dadurch die Wohnungsnot kaum gemildert. Nach einer Aufstellung der Gewerkschaften müßten jährlich mindestens 250 000 Wohnungen neu erstellt werden. Soll dies geschehen, so ist dafür die Kapitalsumme von 2½ Milliarden notwendig. Wenn 1 Milliarde aus ersten Hypotheken aufgebracht werden und 10 Prozent als Eigengeld angenommen werden kann, so bleiben rund 1½ Milliarden, die nicht anders als durch öffentliche Mittel herbeigeschafft werden müssen. Es ist nun die Frage, ob eine solche Finanzierung möglich ist. Dies ist zu bejahen. Wenn alle Geldmittel zusammengefaßt werden, dann dürfte sich sogar Auslandsgeld erübrigen. Bei der Zusammenfassung der öffentlichen Mittel muß die Buntscheckigkeit der gesetzlichen Regelungen beseitigt werden. Der Bestand der Friedenshäuser wurde auf mindestens 5 Milliarden Mark geschätzt. 50 Prozent als Hauszinssteuer erhoben, würde eine Summe von 2½ Milliarden Mark ergeben. Redner geht dann ausführlich auf die anderweitige Verwendung der Hauszinssteuer ein. Die Hauszinssteuer muß restlos dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Er erhebt sich nun die Frage, wer der Träger des Wohnungsbaues für die Minderbemittelten sein soll. Gemeinwirtschaft unter kommunaler Regie ist nicht als solche anzuerkennen. Nicht alles, was sich gemeinnützig nennt, ist gemeinnützig. Bei der Höhe der Mieten muß auf die Aufbringungsmöglichkeit Rücksicht genommen werden. Nicht Angleichung für Altmieten an die Neubausmieten ist notwendig, sondern umgekehrt muß verfahren werden. Sehr deutlich muß betont werden, daß die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften den öffentlichen Stellen gewaltige Lasten abnehmen, deshalb müßten namentlich die Gemeinden in ihrer Einstellung zu denselben teilweise ihr Verhalten ändern. Im Reich und den Ländern sind neue Parlamente gewählt worden, dennoch ist eine Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit nicht zu erwarten, wenn nicht der genügende Druck dahintergesetzt wird. Dieser muß hauptsächlich von der Dewog-Revisionsvereinigung und den Gewerkschaften ausgehen. Der Revisionsverband muß zum Sauerteig in den gemeinnützigen Bauvereinigungen wirken. Redner trat für die Festlegung des Begriffes „Gemeinnützigkeit" ein und forderte die reichsgesetzliche Festlegung derselben. Die Tätigkeit der Dewog liegt in der Richtung Volkswohl und Volksgesundheit zu fördern.

Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der 5. Verbandstag des Revisionsverbandes gemeinnütziger Baugenossenschaften, e. V. (Dewog-Revisionsvereinigung) in Dresden wendet sich unter Hinweis auf die großen durch die Selbsthilfearbeit der gemeinnützigen Organisationen des Siedlungs- und Wohnungswesens erreichten Erfolge gegen die in der letzten Zeit insbesondere auf der Maklertagung in Berlin erhobenen Vorwürfe. Der Verbandstag hält nach wie vor die gemeinnützige Bautätigkeit für die beste Waffe im Kampfe gegen Wohnungsnot und Wohnungselend und für das beste Mittel zur Herbeiführung einer neuen besseren Wohnungswirtschaft und Wohnungskultur.

Im einzelnen nimmt der Verbandstag zu den Gegenwartsfragen des Kleinwohnungsbaues folgenden Standpunkt ein:

1. Die Zahl der fehlenden Wohnungen ist nicht auf 600 000, sondern auf mehr als das Doppelte zu veranschlagen, da nach den Ergebnissen der Reichswohnungszählung rund 1 Million Haushaltungen ohne eigene Wohnung sind.
2. Die Durchschnittsgröße der künftig zu erbauenden Wohnungen darf nicht herabgesetzt werden. Die Absicht, Einzimmerwohnungen zu bauen, die kleiner und dürftiger als die der Vorkriegszeit sein sollen, ist abzulehnen.
3. Die Aufstellung eines Reichswohnungsbauprogramms für einen mehrjährigen Zeitabschnitt ist erforderlich. Es ist verfehlt, den Umfang der Wohnungsbautätigkeit ausschließlich nach der jeweiligen Wirtschaftslage zu bemessen.
4. Zur Finanzierung des Wohnungsbaues ist die Hauszinssteuer stärker bzw. vollständig heranzuziehen. Ferner sind die Institute der Sozialversicherungen noch mehr als bisher anzuhalten, ihre Reserven im Wohnungsbau anzulegen.

   Die Kapitalertragssteuer ist, soweit sie den Zufluß inländischen Geldes in den Wohnungsbau erschwert, abzubauen. Ferner ist, falls der inländische Geldmarkt die weiter erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stellen kann, die Aufnahme von Auslandsgeldern in Aussicht zu nehmen.
5. Die Gemeinnützigkeit der Bauvereinigungen ist reichsgesetzlich neu zu regeln, da die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiete unhaltbar sind. Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, sofort in Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien einzutreten und einen diesbezüglichen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Der Verbandstag fordert eine scharfe Auslese der wirklich gemeinnützigen Bauvereinigungen aber zu dem Zwecke, auch eine klare, einheitliche Gesetzgebung.

* * *

Am zweiten Verhandlungstage wurde vom Verbandsvorsitzenden Linnekе der Geschäftsbericht des Vorstandes gegeben. Bei der Errichtung des Revisionsverbandes im Jahre 1924 war nur eine kleine Zahl von Genossenschaften und Vereinigungen vorhanden. Ende 1927 betrug die Mit-

gliederzahl 77. Jetzt sind 157 ordnungsgemäß aufgenommene Mitglieder vorhanden. Vierzig Aufnahmegesuche sind bereits zur Aufnahme vorgemerkt, so daß die Zahl der dem Revisionsverbande angehörigen Vereinigungen am Schlusse des Jahres etwa 200 betragen wird. Sicher eine gute Leistung in wenigen Jahren. Der Revisionsverband geht in der Aufnahme neuer Mitglieder sehr kritisch zuwege. Die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Bezirke ist aus folgenden Angaben ersichtlich: Wasserkante 31, Berlin-Brandenburg 54, Schlesien 22, Sachsen 18 und Südwest 27. Nach den Rechtsformen sind vorhanden: 132 Genossenschaften, 8 eingetragene Vereine und 17 Gesellschaften. In den Genossenschaften sind rund 19 000 Mitglieder organisiert. Die der Dewog angehörigen Vereinigungen haben bis jetzt 13 100 Wohnungen erstellt, im Bau befinden sich 8600. Mehr als zur Hälfte dieser Wohnungen wurde in Berlin-Brandenburg errichtet. Genosse Linnekе ging dann auf die inneren Verhältnisse der Genossenschaften ein und betonte dabei, daß auf eine solide Geschäftsführung unter allen Umständen gesehen werden müsse. Nur Vereinigungen, die diese Bedingungen erfüllen und im wahrsten Sinne des Wortes gemeinnützig sind, finden in der Dewog-Revisionsvereinigung Aufnahme. Redner betonte zum Schluß, daß vor allem auf eine solide Arbeit gesehen werden müßte. Die Leistungen des Revisionsverbandes und dessen Zweigvereinen können sich sehen lassen. Es ist notwendig, dies auch in der Oeffentlichkeit zu betonen.

Den Bericht über die durchgeführten Revisionen erstattete Verbandssekretär Dr. Bodien. In eingehenden Darlegungen erläuterte Redner die Revisionstätigkeit des Verbandes. Die angehörigen Vereinigungen wurden einer gründlichen Revision unterzogen. Den Zweigvereinen wurde eine solide Geschäftsführung zur Pflicht gemacht. Das ist die Voraussetzung um das Ansehen der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften zu wahren und zu festigen.

In der Aussprache, die eine ausgedehnte war, wurde von einer Reihe von Rednern über die ungleichmäßige Verteilung der Mittel aus der Hauszinssteuer geklagt. Der Genosse Radloff von der Volksfürsorge nahm die Gelegenheit wahr, über die Ausleihung der Hypothekengelder grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Die Volksfürsorge hat rund 75 Prozent ihrer verfügbaren Gelder, im ganzen 38 Millionen Mark, dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Da sie eine Zunahme von 600 000 Versicherungen jährlich zu verzeichnen hat, und mit einer Mehreinnahme von 18 Millionen Mark zu rechnen ist, wird sie in Zukunft noch mehr für den gemeinnützigen Wohnungsbau tun können. Als Vertreter der Arbeiterbank konnte Genosse Koch auf die günstige Entwicklung dieses Institutes hinweisen. Ihr Einlagenbestand beträgt heute mehr als 100 Millionen Mark. Die Arbeiterbank sei wahrscheinlich ebenfalls in der Lage, in Zukunft noch mehr für den Wohnungsbau zu tun.

Nachdem einige Satzungsänderungen vorgenommen wurden, wovon wir die Schaffung eines Verbandsbeirates erwähnen wollen und die Wahl zu letzterem vorgenommen war, schloß der Verbandsvorsitzende Linnekе mit einer kurzen Schlußansprache den Verbandstag.

Die Dresdner Tagung der Dewog-Revisionsvereinigung hat gezeigt, daß auch dieser Teil der Eigenunternehmungen der Arbeiterschaft in glänzendem Aufstieg begriffen ist. Die segensreiche Tätigkeit der Dewog und deren Organisationen auf dem Gebiete des gemeinnützigen Wohnungsbaues wird sich in den nächsten Jahren angenehm für die Minderbemittelten bemerkbar machen. Deshalb verdient dieser Zweig der Arbeiterbewegung die größtmöglichste Unterstützung.

## Wie die Fischpreise hochgetrieben werden sollen

### Ein Problem für die Genossenschaften

Die Schröder-Bank in Bremen bemüht sich um eine weitgehende Fusion in der deutschen Hochseefischerei. Für einen solchen Zusammenschluß kommen zunächst die beiden größten Gesellschaften, die Cuxhavener Hochseefischerei A.-G. und die Deutsche Dampffischereigesellschaft Nordsee in Nordenham in Frage. Beide Gesellschaften verfügen aber über Beziehungen zu anderen starken und maßgebenden Gruppen in der Hochseefischerei. Wird die Fusion im möglichen Ausmaß durchgeführt, dann bleiben von den gegenwärtig vorhandenen 362 Fischdampfern nur 140 Fahrzeuge im Besitz der unabhängigen und nicht konzerngebundenen Fischreederei. Der Trust würde damit gut zwei Drittel der deutschen Hochseefischflotte auf sich vereinigen. Die Gefahren einer solchen Fusion werden in einer Darstellung, die sehr wahrscheinlich aus den Kreisen der deutschen Fischgroßhändler stammt, u. a. wie folgt geschildert:

„Die Fusion ist von dem Wunsch diktiert, den deutschen Markt unter die unbestreitbare Herrschaft der Fischreedereien zu bringen. Es besteht die Absicht, durch einheitliche Disposition über eine möglichst große Flotte und über die Absatzwege ins Binnenland den Markt zu verknappen und die Preise zu diktieren. In den Kreisen des Fischhandels und der Hafenverwaltungen spricht man von einem Abservieren des heimischen Marktes. Dieses Abservieren erfolgt so, daß ein Teil der Fahrzeuge funkentelegraphisch nach englischen und holländischen Häfen disponiert und von den deutschen Landeplätzen ferngehalten wird. Dadurch wird eine künstliche Knappheit am deutschen Markt erzeugt, die sich in höheren Preisen auswirkt".

Der Handel ist entschlossen, sich gegen eine künstliche Verknappung des heimischen Marktes und eine absichtliche Preistreiberei, soweit er Opfer solcher Operationen wird, zur Wehr zu setzen und befürwortet gegen die drohende Monopolgefahr eine einheitliche Abwehrfront aller Beteiligten. Bei dieser Abwehrfront denkt man auch an die deutschen Konsumgenossenschaften und an die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG). Im Handelsteil des „Berliner Tageblatt" wird dazu ausgeführt, daß man das drohende Monopol nur durch einen neu zu gründenden kräftigen Außenseiter durchbrechen kann und in den Konsumvereinen der neuen Reederei ein glänzendes Vertriebssystem zur Verfügung stünde.

Die Anerkennung, daß die Konsumgenossenschaften der beste Schutz gegen die Monopolisierung unserer Wirtschaft sind, erfüllt uns natürlich mit Befriedigung. Selbstverständlich wird auch die GEG. immer bereit sein, ihre Machtmittel gegen Monopolgefahren einzusetzen. Wie sich die GEG. zu den Projekten des Fischhandels stellen wird, wissen wir nicht. Sie wird schwerlich gewillt sein, sich mit kapitalistischen Unternehmungen zu verbrüdern, wenn auch der nächstliegende Zweck eine Verhinderung der Preistreiberei durch eine Monopolgesellschaft wäre. Uns erscheint als das wirksamste Mittel dagegen die Gründung eines eigenen genossenschaftlichen Fischereiunternehmens. Daß das geht und segensreich wirkt, beweist das belgische genossenschaftliche Fischereiunternehmen.

## Geschäftliches

**Die Angst vor dem Zahnarzt** ist beinahe sprichwörtlich geworden und hält leider immer noch allzuviele davon ab, sich ihre Zähne gründlich behandeln zu lassen. Man sollte sich aber vor Augen halten, daß Wissenschaft und Technik auf dem Gebiet der Zahnheilkunde in bezug auf die Behandlungsmethoden und Schmerzlinderung mit jedem Jahre unerhörte Fortschritte machen. Ist es doch heute für den Zahnarzt ein Leichtes, durch Röntgenisierung der Zahnwurzel den Krankheitsherd sicher und schmerzlos aufzufinden und zielbewußt zu behandeln. Wer aber trotz alledem jene fast krankhafte Furcht vor dem Zahnarzt nicht überwinden kann, hat alle Ursache, auf eine gewissenhafte tägliche Mund- und Zahnpflege durch ein bewährtes antiseptisches Mundwasser (Odol) zu halten; er wird dann im allgemeinen sich darauf beschränken können, die gesunde und einwandfreie Beschaffenheit von Mund und Zähnen zwei- bis dreimal im Jahre durch seinen Zahnarzt feststellen zu lassen. Da er aber auch für die Schönheit seiner Zähne ein übriges tun will, verwendet er für ihre mechanische Reinigung ein dem „Odol" adäquates Mittel, die „Odol-Zahnpasta".

**Neues aus der Sportwelt.** Am 25. August fand die feierliche Uebergabe des Reemtsma-Sportstadions an die Sportgemeinschaft der Zigarettenfabrik Reemtsma A.-G. statt. Herr Oberbürgermeister Brauer von Altona vollzog persönlich den feierlichen Akt der offiziellen Uebergabe unter Beisein des Senats der Stadt Altona, der obersten Sportbehörden sowie zahlreicher Delegationen von Sportvereinen. Es folgten verschiedene sportliche Darbietungen der Sportgemeinschaft, denen sich ein Fußballwettkampf „Rama I gegen Reemtsma I" anschloß. Das Spiel wurde durch Abwerfen des Balles aus einem Flugzeug eröffnet. Adolf Jäger, der Altvater des Fußballsportes, leitete das Spiel als Schiedsrichter.

## Wasserstand

18. September

| | | | |
|---|---|---|---|
| Ratibor | 0.74 | Ransern (Unter-Pegel) | 1.3 |
| Neisse (Stadt) vom 18. 9. | —0.68 | Dyhernfurth | 0.5 |
| Weissemündung (Unter-Pegel) | 1.38 | Abflußmenge sekundlich 38 cbm | |
| Brieg (Maschinenkran) | 1.45 | Fürstenberg vom 16. 9. | —0.4 |
| Treschen | 1.00 | Wasserwärme +16°. | |


Die Ortsgruppe Hartlieb der S. P. D. dankt hiermit den zahlreichen Ehrengästen, Gewerkschaften, Reichsbanner, Brudervereinen und Ortsgruppen für den zahlreichen Besuch und die allseitige Unterstützung anläßlich des Volksfestes. Im besonderen Falle bitten wir das Konto 5098, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu benützen.

Das Festkomitee.

Familien-Anzeigen

Plötzlich und unerwartet verschied mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel 890

August Bischoff

im Alter von 71 Jahren.

Breslau, den 18. September 1928

Namens der Hinterbliebenen:

Marie Bischoff, geb. Lange.

Einäscherung: Mittwoch, den 19. Sept., vorm. 11 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Am Sonntag, den 16. September, verschied plötzlich aus unserer Mitte der Kassierer unserer Verwaltungsstelle

Ernst Bernhart

im 46. Lebensjahre.

Wir verlieren in ihm einen guten und eifrigen Kollegen, der stets bemüht war, mit Rat und Tat mitzuwirken zum Besten seiner Organisation und ihrer Mitglieder. Als langjähriger ehrenamtlicher Funktionär wurde er 1921 auf den Posten des Kassierers gewählt und hat sein bestes Können dafür eingesetzt.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Der Gauvorstand, Ortsverwaltung und Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigungszeit wird noch bekanntgegeben. 2726

Zurückgekehrt
Zahnarzt
Dr. Posner

Sie verdienen täglich
10 Mk. an Schnürsenkel. N
persönlich kommen.
Reste
in Serge, Kittel, Leinwan
Aermelfutter • Roßhaa
Garn, Knöpfe, Kernseif
Erdal, alles sehr billig, prim
Ware • Detail und Engro
Berthold Lippert
Heinrichstraße 16
Filialen: Oderstraße
und Weißgerbergasse 43

Morgen:

Selten günstiges Angebot
1 Waggon
Weiden-Korbsessel
Ia weiße Weide, mit Spitzwulst, sauberste Verarbeitung, vollkommen normale Größe
enorm billig!
zum Ausstechen durchweg Stück 5.95

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieser Zeitung sowie von Deutschen Buchhandlungen entgegengenommen.

Nähmaschinen
in Kopfteil, Schwenkteil u. Garnitur
10 Mark 2.50 wöchentliche Abzahlung, sofort Auslieferung
Jos. Gremlich, Mechanikermstr.
Hermannstraße 26. Tel. 58765
Eigene Reparaturwerkstatt

Deutscher Baugewerksbund.
Plötzlich und unerwartet verschied unser werter Kollege 2727
August Bischoff
im Alter von 71 Jahren.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Einäscherung: Mittwoch, den 19. September, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Unser langjähriger Genosse
August Bischoff
ist gestorben. 2725
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Genossinnen u. Genossen der Abteilung 3 des Sozialdemokratischen Vereins.
Einäscherung: Mittwoch, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Plötzlich und unerwartet verschied unser langjähriges Mitglied
August Bischoff
im Alter von 71 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder der Begräbniskasse der Bauhilfsarbeiter.
Einäscherung: Mittwoch, den 19. September, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gräbschen. 2728

Deutscher Textilarbeiter-Verband.
Am 15. September verstarb unser Mitglied, die Spinnereiarbeiterin
Pauline Klimke
im Alter von 30 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Bezirksfiliale Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 19. September, nachmittags 4¾ Uhr, vom Trauerhause in Stabelwitz Nr. 2 nach dem evangel. Friedhof. 2724

Ein Lebensbild von Friedrich Engels. Der Jugend erzählt von Dr. Willi Cohn. Preis 20 Pf. Buchhandl. Volkswacht.

Leihweise elegante Frack- u. Rock-Anzüge 7446
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. 57082
früher Albrechtstraße.

Wie der Weltkrieg entstand.
Das amtliche Aktenmaterial und die Randbemerkungen des Kaisers 180 Seiten Preis nur 60 Pf.
Volkswacht - Buchhandlung.

Leihweise Frack- Rock- u. Smoking-Anzüge neueste Fasons
C. P. Pätzold
Königstraße 72, I.
Nähe Ring-Breitestraße.

Kleine Anzeigen

Wir sind begeisterte Kaffeetrinker geworden!

[965] Der Arzt empfahl meiner Frau bei einer Herzneurose und schließlich mir selbst wegen meines Herzleidens jeglichen Kaffeegenuß. Er riet uns auf Ihren coffeinfreien Kaffee Hag hin. Zunächst waren wir sehr mißtrauisch und verzichteten ganz auf Kaffee. Als wir aber dann damit eine Tasse Hag versuchten, waren wir erstaunt, wie gut er uns schmeckte, ohne die gewohnten Beschwerden zu verursachen. Schließlich sind wir begeisterte Hagtrinker geworden, die wir anderen zu unserer Ueberzeugung bekehren. Vor allem haben wir es mit Freuden begrüßt, daß auch die großen Kaffeebrenner und Kaufmannsläden Ihren coffeinfreien Kaffee eingeführt haben.
Dr. Karl Marx.

(965) Es ist erstaunlich, wie gut er schmeckt...

(907) Wir trinken ausschließlich Kaffee Hag...

[907] Ich trinke mit meiner Familie ausschließlich Ihren Kaffee Hag und kann sagen, daß er uns allen sehr gut bekommt. Namentlich haben sich bei mir die unliebsamen Magenbeschwerden, die immer nach dem Genuß von gewöhnlichem Bohnenkaffee auftraten, selbst nach reichlichem Genuß Ihres coffeinfreien Kaffees nie mehr gezeigt. Wir haben uns auch überzeugt, daß sich der Geschmack nicht im geringsten von dem des gewöhnlichen Bohnenkaffees unterscheidet. Auch Bekannte, denen wir Kaffee Hag vorsetzten, haben nicht bemerkt, daß sie coffeinfreien Kaffee getrunken haben. Ich werde in meinem Haushalt nur noch coffeinfreien Kaffee Hag verwenden. Ruh.

Aus dem Archiv der Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft, Bremen



Für die Redaktion verantwortlich: Karl Zimmer; für den Anzeigenteil: Max Jenke. — Redaktion: Schweidnitzer Str. 8. — Geschäftsstelle: Gartenstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

# Was Sturm und Fluten vernichteten

## 1000 Tote auf Portorico

**Nach den letzten Meldungen aus Portorico beträgt die Zahl der bei dem Wirbelsturm ums Leben Gekommenen über 1000. Die Verbindung mit den Bahama-Inseln konnte vorläufig noch nicht aufgenommen werden.**

## Die Verheerungen in Florida

Die Südostküste Floridas ist durch die Tornado-Katastrophe aufs schwerste heimgesucht worden. Infolge Unterbrechung der Drahtverbindungen war es bisher unmöglich, Einzelheiten zu erhalten. Soweit aber bisher feststeht, ist die Gegend zwischen Jupiter und Miami am schwersten betroffen worden. In Miami und Palm-Beach wurden zahlreiche Gebäude abgedeckt und Autos vom Orkan fortgeweht. Leichter gebaute Häuser wurden umgerissen. Der Sturm war von starken Regengüssen begleitet. Ueber Fort Meyers hat der Tornado inzwischen Tampa erreicht, wobei er ständig an Stärke zunimmt. Unter der Bevölkerung hat eine Massenflucht eingesetzt.

## Japan vom Taifun bedroht

Der Taifun, der in Schanghai großen Schaden angerichtet hat, hat nunmehr auch die japanische Küste erreicht. Mehrere Häfen sind für den Verkehr gesperrt. Die telegraphische Verbindung ist unterbrochen.

## Taifun auch über Kamtschetka

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist über Kamschatka ein Taifun niedergegangen, der aus Japan kam. Die Stadt Alexandrowsk hat erheblich gelitten. Der Leuchtturm nimmt dauernd S—O—S-Rufe auf. Im Taifun sind etwa 30 Fischer umgekommen.

## Sturmflut-Verheerungen auf Martinique

Nach Mitteilung des französischen Kolonial-Ministeriums hat auf Martinique eine Sturmflut sieben Segelboote und 15 Eingeborenen-Kähne zerstört, wobei drei Personen ums Leben kamen. Außerdem sind durch zahlreiche Erdrutsche die Straßen untergraben. In Guadeloupe wurden sämtliche Verkehrsmittel zerstört, wobei drei Personen ums Leben kamen. Mehrere Verwundete wurden gemeldet. In Saint Cloude sind die Schäden ebenfalls beträchtlich. Die Infanterie- und Gendarmerie-Kasernen wurden stark beschädigt und das Hospital verwüstet. Ein Flügel des Regierungsgebäudes und zahlreiche Privathäuser sind eingestürzt. Durch die vielen entwurzelten Bäume sind die Straßen unpassbar.

## Auf den virginischen Inseln

Im amerikanischen Marineministerium eingegangene Berichte besagen, daß der durch den Wirbelsturm auf den virginischen Inseln angerichtete Schaden etwa 2 Millionen Mark beträgt. Sechs Personen wurden getötet und zwanzig verletzt. Ein späterer Bericht aus Jacksonville spricht davon, daß im westlichen Teil von Palm-Beach der Sturm solche Gewalt hatte, daß die Hausdächer in der Luft herumgewirbelt und Bäume wie Grashalme geknickt wurden. Die Wellen der Sturmflut erreichten eine Höhe von mehr als 10 Metern und rissen entlang der ganzen Küste große Löcher in die Straßen und Uferanlagen. Das betroffene Gebiet in Palm-Beach ist etwa 50 Meilen lang. Aus Miami und Palm-Beach, den beiden bekanntesten Modebädern, liegen direkte Berichte bisher nicht vor.

## Berliner Familientragödien

In Berlin haben sich zwei blutige Familientragödien abgespielt. In einem Hause am Michaelkirchplatz hat der Obertelegraphensekretär Wilhelm Engel seine Frau erschossen und seine Schwägerin und seine Tochter zu erschießen versucht. Nachdem er früher schon wiederholt die Absicht geäußert hatte, das Haus zu verlassen, brach wegen einer geringfügigen Ursache Streit aus. Engel zog einen Revolver, schoß seine Frau nieder und verletzte darauf die zu Besuch gekommene Schwester der Frau durch drei Schüsse schwer. Nachdem er noch drei Schüsse auf seine herbeigeeilte Tochter abgegeben hatte, tötete er sich selbst.

* * *

Ein anderes Drama hat sich in der Drossenerstraße in Hohenschönhausen abgespielt. Der Polier Franz Willnat kam betrunken nach Hause und begann Streit. Er drohte, seine Frau mit einem Beil zu erschlagen, worauf diese durch das Küchenfenster in den Garten floh und bei ihrer im gleichen Hause wohnenden verheirateten Tochter Zuflucht suchte. Willnat schlug mit dem Beil die Küchentür ein und bedrohte seinen Schwiegersohn und seine Tochter, die inzwischen in das Schlafzimmer geflüchtet waren und als Willnat den Versuch machte, die Schlafzimmertür einzuschlagen, gab der Schwiegersohn in der Notwehr zwei Schüsse ab. Willnat wurde getroffen, schlug aber doch die Tür in Trümmer. Als er in das Schlafzimmer eindringen wollte, gab sein Schwiegersohn den dritten Schuß ab, der ihn ins Herz traf und tötete. Der Schwiegersohn wurde vorläufig polizeilich festgenommen.

## Die göttlichen Betrüger

Ueber dieses Thema hielt dieser Tage in der Abteilung für Geschichte und Literatur der Amsterdamer Akademie der Wissenschaften Professor Kristensen aus Leiden einen interessanten Vortrag. Er wies darauf hin, daß in verschiedenen antiken Religionen die merkwürdige Vorstellung eines göttlichen Betrügers zu beobachten ist, der die Menschen mit verhängnisvoller Wirkung für alle Zeiten betrogen hat, aber doch in den meisten Fällen nicht als Feind der Menschen betrachtet wurde. Er gehörte zu den höchsten und am meisten verehrten Göttern, und das bekannteste Vorbild dieses Götterlyps ist der griechische Gott Hermes, der listige Betrüger und Dieb und der Freund der dunklen Nächte. In der babylonischen Relegion steht Er in gleicher Eigenschaft in näherem Verhältnis zu den Menschen als alle anderen Götter; er ist ihr Schöpfer und Schützer und hat in der Sintflut ihr Leben errettet, als es vor völligem Untergange bedroht wurde. Für die Israeliten war die Schlange der Betrüger, der kluge und listige Geist der Unterwelt, der in vorgeschichtlicher Zeit vielleicht als göttliches Wesen verehrt wurde, der in geschichtlicher Zeit aber nur noch als der Feind galt. Die Vorstellung, wonach die Menschen durch ihren göttlichen Herrn betrogen werden, trifft man noch bei vielen anderen Völkern. Jede Religion sucht sich auf ihre Weise damit abzufinden. Es handelt sich dabei immer um Götter der Unterwelt, die dort über das absolute Leben gebieten, das durch das Einschließen des Todes doch kein Leben von Dauer ist. Aus dieser Doppelsinnigkeit ist die Vorstellung des göttlichen Betruges erwachsen. Die Menschen leben von der Blüte des Lebens der Erde, das sie dem Gott der Unterwelt zu verdanken glauben; sie nehmen das Leben mit Freude an, weil sie glauben, daß es das ist, was es scheint. Das undurchdringbare Geheimnis des Todes erscheint ihnen sodann als Betrug. Die Menschen fühlen sich in ihrer Freude betrogen, und der Gott des absoluten Lebens ist der Schuldige.

## Ein neuer deutscher Ostflug

Freiherr v. Hünefeld hat Dienstag früh 1,52 Uhr seinen seit längerer Zeit geplanten Ostflug mit dem ihm gehörigen Junkers-Flugzeug Typ V 3311 „Europa", dem Schwesterschiff der „Bremen", angetreten. Die erste Etappe soll bis Sofia gehen. An Bord der Maschine befindet sich als Chefpilot der schwedische Ingenieur Lindner, der zweite Führer, der Besitzer der Maschine, sowie der Bordmonteur Längerich, der bereits seinerzeit von den Junkerswerken beurlaubt war, um bei den letzten Startvorbereitungen in Baldonell zu helfen. Der Flug stellt ein von allen amtlichen und privaten Stellen völlig unabhängiges Unternehmen des Freiherrn v. Hünefeld dar. Das für den Flug notwendige Kartenmaterial ist entgegenkommenderweise von der Deutschen Lufthansa beschafft und zur Verfügung gestellt worden. Vor dem Start telegraphierte Hünefeld an Köhl: „Vor dem Start nach dem Osten in Erinnerung an die gemeinsam verlebten Stunden der Gefahr und Spannung dem alten Kameraden aufrichtige Grüße."

## Warum „Graf Zeppelin" noch nicht flog

Das Reichsverkehrsministerium teilt über die Zulassung des neuen Zeppelin-Luftschiffes folgendes mit:

„Die Zeppelingesellschaft besitzt jahrzehntelange Erfahrungen im Luftschiffbau. Die Reichsluftbehörde konnte jedoch nicht an der Tatsache vorübergehen, daß das Luftschiff ein Treibmittel benutzen wird, dessen Betriebsmöglichkeiten noch nicht erprobt sind. Bei allen guten Eigenschaften, die dieses Treibgas dem Luftschiffbetriebe geben wird, kann z. B. bei ungenügender Durchlüftung des Schiffs Brandgefahr eintreten. Auf diese Gefahren ist der Luftschiffbau Zeppelin von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt bereits vor längerer Zeit hingewiesen worden. Aufgabe dieser Versuchsanstalt ist es, zu prüfen, ob die Schutzmaßnahmen ausreichend sind. Diese Erprobung läßt sich aber nur am fahrenden Luftschiff ausführen, das dann natürlich nicht mit Treibgas, sondern mit flüssigem Brennstoff betrieben werden muß. Daher wurde zur Bedingung gemacht, daß die ersten Fahrten mit flüssigem Kraftstoff stattfinden, wobei zu berücksichtigen ist, daß das neue Schiff für beide Treibmittel Einrichtungen besitzt. Die Versuchsanstalt erhielt erst wenige Tage vor der geplanten Fahrt die Nachricht, daß die erste Fahrt auf Sonnabend, den 15. September, angesetzt sei. Mit dem Luftschiffsachverständigen, Marinebaurat a. D. Besch, der persönlich nach Berlin kam, wurde darauf sofort beraten, in welcher Weise die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt dem Reichsverkehrsministerium gegenüber die Unbedenklichkeitserklärung ausstellen konnte. Das Ergebnis dieser Beratungen war, daß dem Reichsverkehrsministerium gegenüber eine vorläufige Zulassung des Luftschiffs für Fahrten mit flüssigem Kraftstoff befürwortet wurde. Ferner wurde die Ausstellung der Unbedenklichkeitserklärung abhängig gemacht von einer auf statischem Gebiete liegenden, noch unbeantwortet gebliebenen Anfrage der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt an den Luftschiffbau Zepelin vom 11. September 1928. Das Reichsverkehrsministerium hat am Sonnabend mittag telephonisch dem Luftschiffbau Zeppelin die telegraphische Beantwortung dieser Anfrage nahegelegt. Nachdem der Luftschiffbau Zeppelin dieser Anregung entsprochen hatte und der Inhalt des Telegramms in technischer Hinsicht der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt genügte, hat das Reichsverkehrsministerium am Sonntag die Zulassung für Werkstattfahrten mit flüssigem Kraftstoff telegraphisch ausgesprochen.

Für die Zulassung des Luftschiffs war ferner auf Grund des Luftverkehrsgesetzes der Nachweis der Haftpflichtdeckung erforderlich. Dieser Nachweis ist dem Reichsverkehrsministerium erst in allerletzter Stunde durch die Vorlage eines Haftpflichtversicherungsvertrages erbracht worden, der formell sogar erst nach Erteilung der Zulassung, nämlich am 17. September 1928, abgeschlossen worden ist."

Auf Grund dieser Tatsachen weist das Ministerium die Vorwürfe von sich, es habe die Zulassung des Zeppelin-Luftschiffes durch eine bürokratische Behandlung der Zulassungsfrage erschwert.

## Ein Wanderbursche ermordet

Am Sonntag vormittag wurde auf der Stralsunder Chaussee in der Nähe der Ortschaft Wiepkenhagen ein Wanderbursche ermordet aufgefunden. Die Leiche wies einen Schuß in die Brust und einen tiefen Messerstich in die Kehle auf. Auf dem Bahnhof Satel wurde eine der Mordtat verdächtige Person verhaftet.

## 50000 Sack Mehl verbrannt

Am Freitag abend brach in Winterthur im Gebäude der ostschweizerischen landwirtschaftlichen Genossenschaften ein großer Brand aus, dem 50 000 Sack Mehl und Futtervorräte zum Opfer fielen. Der Schaden wird auf 700 000 Franken geschätzt.

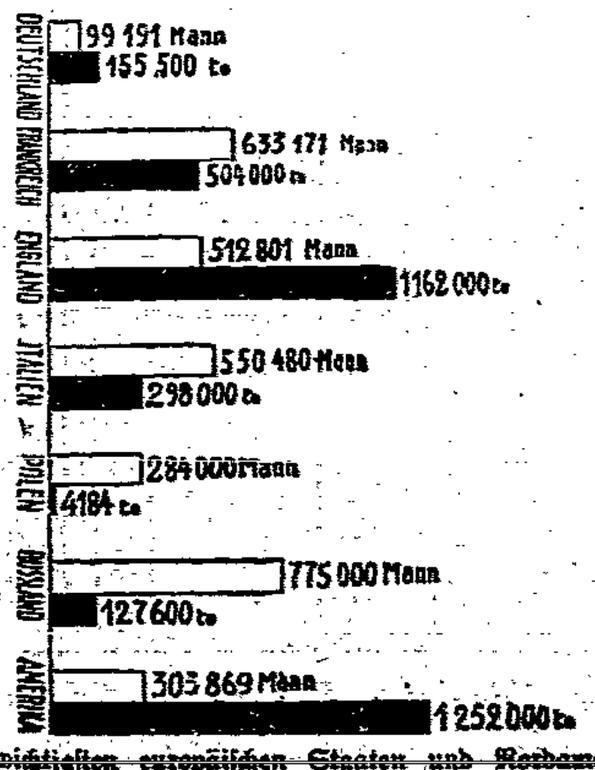
# Zwanzig schöne Frauen gesucht

Neukölln ist ein typischer Berliner Arbeitervorort, einer jener Wohnbezirke, in denen dicht zusammengedrängt das Proletariat haust. Die Wohnungsnot schreit zum Himmel, die bedeutet den Ausschluß vieler Tausender von einem wirklich kulturwürdigen Dasein. Hier wächst unter drückenden Verhältnissen die Jugend der Arbeiterschaft auf. Für sie gibt es als Opium die Surrogate der modernen Großstadtkultur. Im Inseratenteil einer jener Berliner Zeitungen, die sich bemühen, das niedere Niveau dieser Sorte von Großstadtkultur festzuhalten, liest man neben den Anzeigen von Ballhäusern, in denen stimmungsvoller Betrieb für Strohwitwer angeboten wird, mit allen modernen Raffinement, Tischtelephonen zur Herstellung eines Verhältnisses für eine Nacht, in denen „raffinierte Schönheiten" angepriesen werden, eine Anzeige eines neueröffneten Ballhauses im Herzen von Neukölln: „Zwanzig schöne Frauen gesucht als Eintänzerinnen. Garderobe wird gestellt."

Zwanzig schöne Frauen: sie sind das Lockmittel für junge Arbeiter und Angestellte, die sich in das Großstadtamüsement stürzen, weil ihnen wahre Kultur verschlossen bleibt, für die der Wert des Lebens neben der Lohnarbeit in den Nächten im Ballhaus besteht, wo zwanzig schöne Frauen als Lockvögel des Amüsierunternehmens ihnen eine andere Welt vorgaukeln. Dieselbe Welt, die das Durchschnittskino ihnen auf die Leinewand zaubert — die sogenannte „gute Gesellschaft" mit Flitter und prunkhaftem Kitsch, mit Fräcken und weitausgeschnittenen Ballroben, Das ist nun das Ideal junger Proletarier, auf die der Geschäftsgeist dieser Sorte von Kultur spekuliert! Sie fühlen sich dort als Kavaliere, die „schönen Frauen" in der vom Unternehmer bezahlten Ballrobe spiegeln ihnen die Dame vor. Nach Feierabend nur ein Wohnloch, aber kein Heim, dafür aber die Nacht in der Illusion der Vornehmheit.

Zwanzig schöne Frauen gesucht mit dem geborgten Ballflitter, dem eingeübten Lächeln für jeden auf dem Gesicht, selbst mit erbärmlichen Groschen bezahlt, ziehen sie der Jugend kargen Lohn aus der Tasche und verkaufen dafür eine Atmosphäre verlogener Amüsierkultur und ungesunder Erotik. Zwanzig schöne Frauen gesucht, damit mitten in einem Wohnbezirk des Proletariats die Jugend der Arbeiterschaft nach der Lohnarbeit des Tages in der Nacht dem Amüsierkapital seinen Tribut entrichte, damit sie angefressen werde von der faulen Atmosphäre des bürgerlichen Sumpfes!

# „Abrüstung"




der wichtigsten europäischen Staaten und Nordamerikas. Die weißen Säulen drücken die Mannschaftsstärke der Armeen, die schwarzen Säulen den Tonnengehalt der Kriegsflotten aus.

Während in Genf Reichskanzler Müller-Franken an den Friedenswillen der Welt appelliert und allgemeine Abrüstung fordert,

hält die alliierte Besatzungsarmee unter Führung des französischen Generals Guillaumat (rechts) und des englischen Generals Thwaites (links) auf deutschem Boden Manöver ab.

# Aus Schlesien

## Hindenburg in Oberschlesien

Reichspräsident von Hindenburg traf am gestrigen Montag mit dem fahrplanmäßigen Zuge von Berlin 7,28 Uhr in Oppeln ein. Am Bahnsteig erwarteten ihn die Spitzen der Behörden. Anschließend schritt er die vor dem Bahnhof aufgestellte Ehrenkompagnie ab. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Oberpräsidenten Dr. Proske, die Hindenburg erwiderte, begann die Fahrt ins Industriegebiet. Durch dichtgedrängte Menschenmengen, die längs den Straßen Aufstellung genommen hatten, ging die Fahrt nach Hindenburg. Dort wurde der Präsident von Oberbürgermeister Dr. Lukaschek empfangen, der ihn als Paten der aufblühenden Industriestadt begrüßte und ihn bat, den Grundstein für das neue Kinderkrankenhaus zu legen. Im Anschluß an diese Ansprache vollführte Hindenburg die ersten drei Hammerschläge. Gegen 11 Uhr fuhr der Reichspräsident nach Beuthen weiter, wo er gegen ½12 Uhr eintraf. Nach einer Fahrt durch die Stadt setzte er seine Reise nach Gleiwitz fort. Im Oberschlesierhaus, vor dem die Vereine und Verbände Aufstellung genommen hatten, begrüßte Oberbürgermeister Dr. Geisler den Reichspräsidenten und wies auf die wirtschaftliche Notlage, die besonders durch die Teilung Oberschlesiens entstanden ist, hin. Die Huldigung der vom Reichspräsidenten durchfahrenen Landkreise überbrachte Landrat Dr. Urbanek und bot nach Landessitte Brot und Salz. In seiner Erwiderungsansprache dankte Hindenburg eingangs für die freundliche Begrüßung und würdigte die durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags entstandenen Nöte des oberschlesischen Industriegebiets.

---

**Waldenburg.** Die letzten Opfer der Kohlensäurekatastrophe auf der Glückhilf-Friedenshoffnung-Grube in Nieder-Hermsdorf, die Bergbauer Klenner aus Waldenburg-Altwasser und Zindler aus Gottesberg, wurden nunmehr unter den hereingebrochenen Bergemassen tot aufgefunden.

**Ober-Wüstegiersdorf.** Von den Rädern eines Zuges zermalmt. Auf der Strecke Wüstegiersdorf—Königswalde wurde eine Frauensperson, die sich vor einen Personenzug geworfen hatte, in der furchtbarsten Weise von den Rädern zermalmt. Die Personalien der Selbstmörderin konnten noch nicht ermittelt werden; der Kleidung nach zu urteilen, gehört die Frau den Arbeiterkreisen an.

**Reichenbach.** Attentat auf einen Bahnhofsbeamten. Sonntag früh wurde auf dem Bahnhof Creisau der Stationsbeamte Hayer aus dem Hinterhalt mehrmals beschossen. Er wäre durchbohrt worden, wenn er nicht die Signallampe umgehabt hätte. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

**Reichenstein.** Die Tätigkeit der Schlesischen Forstschule. Für das Schuljahr 1927/28 liegt jetzt ein Jahresbericht der Schlesischen Forstschule Reichenstein vor. 78,5 Prozent der aufgenommenen Forstschüler waren Niederschlesier. Die Anstalt entwickelte eine reiche und vielseitige Tätigkeit. Die Kulturarbeiten erstreckten sich auf die Aufforstung von Schlagflächen und Ödländereien im Stadtforst Reichenstein, Mährisch-Ostmachau und Wartha, sowohl durch Saat, als durch Pflanzung nach den mannigfaltigsten Methoden mit verschiedenen Holzarten. Praktisch geübt wurden u. a. auch die Holzfällungsarbeit und die Jagd. Die Kosten stellten sich auf insgesamt 586,50 Mark oder je Monat auf 53,31 Mark für jeden Forstschüler.

**Schömberg, Kr. Landeshut.** Nicht Wurstvergiftung, sondern Kindesmord. Eine sensationelle Wendung hat eine Wurstvergiftungsaffäre in Schömberg genommen und die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten veranlaßt. In der Familie des Bäckermeisters Moschner war das dreijährige Kind angeblich nach dem Genuß von Wurst erkrankt. Dem hinzugezogenen Arzt war es auch durch Anwendung von Gegenmitteln gelungen, das Kind außer Gefahr zu bringen. Als jedoch am andern Morgen der Vater den Tod des Kindes meldete, schöpfte man Verdacht und dies um so mehr, als in den letzten Jahren drei anscheinlich gesunde Kinder der Familie M. unter verdächtigen Vergiftungserscheinungen erkrankten und verstarben. Die gerichtsärztliche Sezierung der Kindesleiche bestätigte den Verdacht der vorsätzlichen Tötung und die Staatsanwaltschaft veranlaßte die sofortige Festnahme der Moschnerschen Eheleute. Es ist weiter die Sezierung der Leichen der andern drei Kinder angeordnet worden, da der Verdacht besteht, daß die Eltern gemeinsam den Mord verübt haben.

**Lauban.** Hundetreue. Beim Schuhmachermeister Fiedas in Mühleisseifen brach nachts Feuer aus. Der Hund kratzte seinen Herrn so lange mit der Pfote, bis er erwachte und sich mit seiner Familie retten konnte. Das treue Tier kam in den Flammen um.

**Goldberg.** Raubüberfall. Der Fabrikarbeiter Walter Schlawiot aus Martinsdorf, Kreis Ratibor, wurde in der Nähe der Stadt von zwei jungen Burschen, mit denen er ein Stück zusammenging, Sonntagnacht seiner Barschaft, eines Hammermantels und seines Rades beraubt und mit einem Tesching in die Schulter geschossen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

**Bunzlau.** Eine gefängnisgute Mutter. Eine nach Liegnitz fahrende junge Frau hatte im Wartesaal ihre Handtasche liegen lassen. Sie lief rasch aus und übergab ihr Kind der Obhut anderer Passagiere. Als sie zurückkehrte, war der Zug fort. Die telephonisch benachrichtigte Station Haynau hielt das Kind an, so daß es die Mutter dort in Empfang nehmen konnte.

**Schwientochlowitz.** Tod durch Essigessenz. Aus unbekannten Gründen nahm die Gertrud Kiegel aus Lipine ein großes Quantum Essigessenz ein. Sie verstarb trotz sofortiger ärztlicher Hilfe.

**Kattowitz.** Ein Geschenk vom Zirkusfani. Dem in Entwicklung begriffenen Tierpark wurden vom Zirkus Sarrasani in Anerkennung des zahlreichen oberschlesischen Besuches zwei Löwen geschenkt. Auf dem Ring fand die feierliche Uebergabe statt, wobei die Jubiläer mit dem Oberbürgermeister die Friedenspfeife rauchten.

# Neu-Breslau

**Breslau-Tschansch.** Liebe Eltern von Klein- und Groß-Tschansch! Zu der Sonnabend, den 22. September, 20 Uhr, bei Michael, Klein-Tschansch, stattfindenden Werbeversammlung der Arbeiter-Jugend laden wir euch hiermit auf das Herzlichste ein. Ein Lichtbildervortrag wird euch in das Leben und Treiben der Arbeiterjugend einweihen.

— Parteigenossen, Parteigenossen! Auf die am Sonnabend, den 22. September, um 20 Uhr bei Michael in Klein-Tschansch stattfindende Mitgliederversammlung wird besonders aufmerksam gemacht. Alle Mitglieder müssen recht zahlreich erscheinen. Sehr wichtige Tagesordnung. Gäste herzlich willkommen.

**Breslau-Arbeiter.** Unsere Parteimitgliederversammlung findet Mittwoch, den 19. September, abends 8 Uhr, bei Beier statt. Da wichtige Sachen zu besprechen sind, ist es Pflicht aller Genossinnen und Genossen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

**Hartlieb.** 6SD. Wir verweisen auf das heutige Inserat.

# Landkreis Breslau

**Kalkenhof.** Das Parteifest vom Sonntag. Selten wohl hat bei der „Preußischkeit" eine solche große Menschenmenge in heiter Stimmung gelacht, wie es am Sonntag zum unserem Volksfest der Fall war. Begünstigt durch die schöne Witterung, waren Freude und Stimmung unserer Bewegung, aber vor allem Direktor die Ortsgruppen aus dem Landkreise sehr zahlreich erschienen. Der große Garten von Rogenwinger in Hartlieb, wo das Reichsbanner Breslau und die Schalmeienkapelle Hundsfeld konzertierten, konnte die Massen nicht aufnehmen, so daß überall auf den Nachbargrundstücken Platz genommen wurde. Um 14,45 Uhr setzte sich der Festzug in Bewegung, eröffnet von den Arbeiter-Radfahrer-Vereinen mit teilweise sehr kostspieligen und geschmackvollen Bannern; Hartlieb hatte wieder eine sehr schöne Gruppe gestellt, die allgemein begrüßt wurde. Voran den zahlreichen Kindern, die von den Helfern der Breslauer Kinderfreunde geleitet wurden und voller Freude ihre roten oder schwarz-rot-goldenen Fahnen schwenkten, marschierte die Reichsbannerkapelle, gefolgt von dem schön geschmückten Wagen der Ortsgruppe Brockau. Ein großes Transparent mit der Inschrift: „Das Proletarierkind gehört in die weltliche Schule", gab Kunde, was noch fehlt und hoffentlich geht diese Forderung auch bei uns bald in Erfüllung. Die Arbeiter-Jugend in ihrer schmucken, einheitlichen und zweckentsprechenden Kleidung war ebenfalls sehr zahlreich angetreten und ihr folgten in endlosen Reihen die Freien Turner und Fußballer in ihrem farbenfrohen, sommerlichen Sportdreß. Ein Propagandawagen der GEG., kunstvoll aufgebaut, schloß den Teil des Zuges und nun folgten die einzelnen Ortsgruppen der SPD. mit ihren roten Fahnen und Wimpeln in so großer Anzahl, daß ihre einzelne Aufzählung nicht gut möglich ist. Erfreulicherweise waren die bekannten Führer der Arbeiterbewegung aus Breslau der Einladung als Ehrengäste sehr zahlreich gefolgt, die hinter der alten und sturmerprobten Parteifahne marschierten, anschließend an sie die Schalmeienkapelle Hundsfeld. Ihnen folgten die Arbeitersänger mit Banner, die während des Marsches Freiheitslieder sangen. Als eine dichte und geschlossene Masse, hinter ihrem sinnvoll geschmückten Festwagen, kamen die freiorganisierten Arbeiter der Zuckerfabrik Klettendorf, die fast restlos angetreten waren, um den Ehrentag der Ortsgruppe der SPD. mitzufeiern. Und dann kamen all die Ortsgruppen des Reichsbanners aus dem Landkreise, an ihrer Spitze die Kapelle aus Rotsürben, teilweise mit ihren Jugendgruppen, machten sie durch ihren einheitlichen Aufmarsch einen besonders günstigen Eindruck. Dicht gedrängt standen auf beiden Seiten die Zuschauer, erstaunt über die Wucht und die Größe des Zugs, marschierten doch ungefähr 1500 Teilnehmer auf, und stieg die Zahl der Besucher auf dem Festplatz auf fast das Doppelte. Kampflieder der Arbeiter-Sänger eröffneten die Ansprache des Genossen Mache-Breslau, der in klarer und eindrucksvoller Rede die Zuhörer zu fesseln verstand, oftmals unterbrochen von zustimmendem Beifall. Der Redner wies auf die schweren Kämpfe der Arbeiterschaft hin, die in den letzten Jahrzehnten gegen das stirnnackige Junkertum wie den profithungrigen Kapitalismus geführt werden mußten, die, wenn sie auch große Opfer an die Kämpfer stellten, doch schließlich siegreich endigten. Um das Errungene zu behalten und weiter das große Ziel, das der Sozialismus aufstellt, zu erringen, darf keiner abseits stehen und für die alten Abeekämpfen oder müde werdenden muß die arbeitende Jugend einspringen. Der volkstümliche Ton des Redners machte den Tausenden von Zuhörern das Verständnis leicht und als er zum Schluß ein Hoch auf die Ortsgruppe Hartlieb wie auf die Gesamtpartei ausbrachte, brauste es tausendfach über den Platz. Reicher Beifall, ehrlich gemeint und verdient, war unserem lieben Freund Mache der beste Lohn für seine Ausführungen. Genosse Kleinert begrüßte darauf die Anwesenden, gab die Namen der 21 Parteijubilare bekannt, die durch Verleihung einer silbernen SPD.-Nadel geehrt wurden, außerdem aber einen Band Parteigeschichte erhielten. Nun entwickelte sich auf dem Festplatz ein reges Leben und Treiben, wobei aber die zahlreichen Kinder sehr benachteiligt wurden, was aber bestimmt zum Weihnachtsfest ausgeglichen werden ist. Das Fußballspiel Sudeck I — V.f.B. I, fair vom Anfang bis zum Ende durchgespielt, endigte 3:1. Die Arbeiter-Turner hatten Hochbetrieb und zeigten oftmals großes Können, was glücklicherweise auch von den Arbeiter-Radfahrern zu sagen ist. Ueberall eine drangvolle Menschenmenge, die den Darbietungen lebhaft Beifall spendete und bei Spitzenleistungen einzelner in großen Jubel ausbrach. Wo sich infolge des nicht in einem solchen Maße erwarteten Andrangs technische Mängel bemerkbar machten, wurde nach Möglichkeit Abhilfe geschaffen und trotzdem kann festgestellt werden, daß glücklicherweise die Arbeiter-Samariter wenig in Anspruch genommen wurden. Beim Dunkelwerden wurde ein großes Feuerwerk abgebrannt, das besondere Bewunderung erregte und ohne Störung vonstatten ging, daran schloß sich ein Fackelzug der Kinder bis zur Siedlung, wo sich der Zug auflöste. Nun ist das Volksfest verklungen und hat der Tag gezeigt, daß die Arbeiterschaft des Landkreises nicht nur einig und geschlossen unter dem roten Panier des Sozialismus marschiert, sondern beseelt vom besten Kampfeswillen alles aufbietet, um die Macht der arbeitenden Klasse zu stärken. Den mitwirkenden Vereinen, sowie den zahlreichen Ordnern, vor allen Dingen aber den Arbeiter-Samaritern und den Kinderfreunden sei an dieser Stelle der herzlichste Dank der Ortsgruppe zum Ausdruck gebracht, denn durch ihre Mithilfe haben sie erst dem Fest den würdigen Rahmen gegeben. R. W.

**Domslau.** Die Gutsverwaltung schickt uns zu dem Artikel vom 11. August folgende Berichtigung: Es ist nicht richtig, daß auf dem Dominium Domslau einige Frauen, weil sie auf abgeernteten Feldern Kartoffeln gelesen haben, vom Betriebsleiter in eine Strafe genommen worden sind. Richtig ist vielmehr, daß die Frauen Kartoffeln, die sie während ihrer Arbeitszeit für die Gutsverwaltung Domslau geerntet hatten, sich widerrechtlich angeeignet und in ihren Körben und Arbeitsjacken mit nach Hause genommen haben. Es ist ferner nicht richtig, daß die Frauen gezwungen worden sind, die Kartoffeln vor das Haus des Inspektors zu bringen und daß sie hier von dem Landjäger und dem Inspektor zu 3 Mark Strafe „verurteilt" worden sind. Richtig ist vielmehr, daß die Frauen auf ihre wiederholte Weigerung hin, die der Gutsverwaltung Domslau gehörigen Kartoffeln abzuliefern, dem Herrn Amtsvorsteher von Klettendorf angezeigt und von diesem zu einer Geldstrafe von je 3,60 Mark verurteilt worden sind. Es ist drittens nicht richtig, daß diese Geldstrafe den Frauen am nächsten Zahltage abgezogen worden ist. Richtig ist, daß die Einziehung dieser Strafe nicht durch die Gutsverwaltung Domslau erfolgt ist.

**Meseritz.** 6SD. Unsere Ortsgruppe begeht Sonntag, den 23. September, nachmittags 2 Uhr, ihre Fahnenweihe. Es ist allen Parteigenossen bekannt, daß wir hier auf schwerem Boden zu kämpfen haben. Aus diesem Grunde bitten wir heut schon dringend darum, daß am kommenden Sonntag alle Parteiortsgruppen des Unterbezirks Breslau (Land)-Neumarkt, soweit als irgend möglich, unsere Ortsgruppe mit ihrem Besuch unterstützen. Es gilt auch hier in der Hochburg des Zentrums, den sozialdemokratischen Gedanken fester Wurzeln schlagen zu lassen. Sonntagsabgeordneter August Kleinert wird die Weiherede halten. Also auf nach Meseritz!

# Kreis Neumarkt

### Achtung, Kreiskonferenz Neumarkt!

Sonntag, den 23. September, nachmittags 2 Uhr, findet für den Kreis Neumarkt im „Goldenen Löwen" eine wichtige Konferenz statt. Referent Reichstagsabgeordneter R. Mache. Jede Ortsgruppe des Kreises muß stark vertreten sein. Wichtige Tagesordnung. Der Kreisvorstand.

**Neumarkt.** 6SD. In der Mitgliederversammlung am Sonnabend beriet der Vorsitzende im Namen der Ortsgruppe dem bisherigen Vorsitzenden Genossen Wagner für seine der Partei stets zur Verfügung gestellte Mitarbeit. Den Bericht von der Bezirkskonferenz gab Genosse Nawroth, dem sich eine lebhafte Aussprache anschloß und der einstimmig feststellte, daß man den Genossen der vier Genossen beim Bezirksvorstand mißbilligt. Gegen einige Stimmen wurde beschlossen, sich den Beschluß der Breslauer Konferenz zu eigen zu machen. Den Bericht der Bildungskonferenz erstattete Genosse Ottilige. Allgemein herrscht man hierzu die Auffassung, daß die Bildungsbestrebungen immer den örtlichen Verhältnissen angepaßt sein müssen und daß Neumarkt sich nicht mit Städten, die industrielle Durchsetzung aufzuweisen haben, vergleichen kann. Genosse Wagner riet von der Wahl eines Bildungsausschusses ab, weil dadurch nur die wenigen, schon mit mehreren Posten versehenen Genossen bedacht werden müßten und empfahl, daß der Vorstand sich zu eigen machen möge, für Bildungsbestrebungen Sorge zu tragen. Dem wurde beigepflichtet. Genosse Nawroth bemängelte, daß Neumarkt in dieser Hinsicht recht stiefmütterlich behandelt werde. Um das Interesse der Frauen zur Partei zu wecken, sollen Frauenabende einberufen werden. (Hoffentlich erscheinen auch die Frauen, damit dieser Beschluß nicht ein Strohfeuer bleibt.) Zwei Rundschreiben betr. kommunalpolitische Konferenzen sowie Kommunalwahlen gelangten zur Besprechung. Genosse Wagner bat unter der Begründung, daß er auf Grund seiner Organisationsbetätigung wenig am Orte sei, an seine Stelle einen anderen Genossen in den Kreisvorstand wählen zu wollen, er wurde jedoch ersucht, dieses Amt weiter zu behalten. — Unter Verschiedenem kamen interne örtliche Angelegenheiten zur Behandlung, ferner wurde mitgeteilt, daß am 7. Oktober Hoffmanns Rote Sänger im Hotel zum Hohen Hause gastieren und daß jedes Mitglied schon jetzt hierfür agitieren soll.

**Neumarkt.** Achtung! Mitglieder des Arbeiterwohlfahrts-Ausschusses. Heut Dienstag, 7½ Uhr, in der Wohnung des Genossen Wagner wichtige Besprechung.

---

## Breslauer Produktenbörse vom 17. September

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 17. September 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis ab Erzeugerstation) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. — Tendenz: Getreide: Stetig. — Mehl: Ruhig. — Oelsaaten: Sehr ruhig. — Kartoffeln: Weiter ruhig.

**Tägliche amtliche Notierungen** (100 kg)

| Getreide: | 17. 9. | 15. 9. |
|---|---|---|
| Weizen 75,5 kg Eff.-G. min. p. hl. | 21,50 | 21,50 |
| Roggen 71,2 kg " " " " | 22,00 | 22,00 |
| Hafer* | 19,70 | 19,50 |
| Braugerste, gute | 25,00 | 25,00 |
| Braugerste* | 23,00 | 23,00 |
| Wintergerste* | 21,00 | 21,00 |

* Mittlere Art und Güte.

**Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse** (je 100 kg)

| | 17. | 15. | | 17. | 15. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizenmehl | 31,75 | 31,75 | Auszugmehl | 38,00 | 38,00 |
| Roggenmehl | 32,25 | 32,25 | | | |

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz., reinere Sorten werden höher bezahlt.

| Oelsaaten: | 17. | 13. | | 17. | 13. |
|---|---|---|---|---|---|
| Mittl. Art und Güte letzt. Ernte | | | Senfsamen | 41,00 | 41,00 |
| Winterraps | 32,00 | 32,00 | Hanfsamen | 38,00 | 38,00 |
| Leinsamen | 38,00 | 38,00 | Blaumohn | 72,00 | 72,00 |

**Kartoffeln** (Erzeugerpreise)

Speisekartoffeln, rote 2,80 Mk., weiße 2,80 Mk. ab Erzeugerstation, großfallend. Fabrikkartoffeln ab Verladestation für das Prozent Stärke 0,13 RM.

---

### Amtlicher Wetterbericht
### des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten).

Die Ostseestörung, die ihren Einfluß auf die Sudetenländer ausgedehnt hat, bedingt wolkige Witterung. In Oberschlesien ist es gestern nachmittag bereits zu leichten Niederschlägen gekommen. Die vergangene Nacht verlief infolge kurzer Bewölkung erheblich milder als die vorhergehenden Nächte. Es ist nur mit einer langsamen Aenderung der Wetterlage zu rechnen, da eine kräftige Störung 48 N. die heute mit Regen über Westnorwegen liegt, erst späterhin auf unsere Witterung Einfluß erlangen wird.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:

Ostwind, wolkig, in Niederschlesien teilweise aufheiternd, in Oberschlesien etwas Regen und wärmer.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Ostwind, wolkig, vereinzelt etwas Regen, wärmer.

| Datum: 18. 9. 28 | Temperatur: Zeit min | Maxim. seit 24 Stunden | Min. seit 24 Stunden | Wetter | Wind | Niederschlag mm | Schneehöhe cm |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Grünberg | 11 | 22 | 10 | heiter | OSO 1 | | |
| Görlitz | 10 | 19 | 8 | " | SOS 1 | | |
| Breslau | 10 | 19 | 5 | " | O | | |
| Liegnitz | 10 | 19 | 8 | bewölkt | SO 2 | | |
| Bad Flinsberg | 9 | 17 | 5 | bedeckt | S 1 | | |
| Hochstriebichovo | 11 | 15 | 9 | bewölkt | SO 2 | | |
| Oberschreiberhau | 8 | 15 | 5 | bedeckt | O 1 | | |
| A. Schles. Baude Reisträgerbaude | | | | | | | |
| Schneekoppe | 5 | 5 | 2 | bewölkt | SO 5 | | |
| Neumarkt | 8 | 24 | 5 | heiter | OSO 1 | | |
| Jeltsch | 6 | 22 | 5 | " | NW 1 | | |
| Krietern | 11 | 20 | 6 | bewölkt | O 1 | | |
| Trebnitz | 9 | 19 | 8 | heiter | SO 1 | | |
| Oels | 11 | 19 | 6 | " | NO 1 | | |
| Schweidnitz | 9 | 18 | 3 | bewölkt | WNW 1 | | |
| Bad Salzbrunn | 9 | 16 | 6 | heiter | still | | |
| Friedland (Bez. Breslau) | 10 | 15 | 8 | bewölkt | N 1 | | |
| Reichenbach | 10 | 17 | 6 | heiter | still | | |
| Reichenstein | 10 | 17 | 8 | " | SO 1 | | |
| Eichberg | 11 | 18 | 9 | " | O 1 | | |
| Glatz | 9 | 16 | 5 | " | SW 1 | | |
| Neisse | 9 | 15 | 6 | bewölkt | still | | |
| Landeck | 11 | 17 | 6 | " | still | | |
| Zobten | 12 | 19 | 10 | heiter | NO 1 | | |
| Kornkoppe | — | — | — | | | | |
| Glatz | 13 | 19 | 12 | bewölkt | O 1 | gering | |
| Breslau | 13 | 20 | 10 | " | O 1 | gering | |
| Breslau | 12 | 22 | 8 | heiter | O 7 | | |
| Breslau | 12 | 20 | 9 | " | NO 5 | | |

**! Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben !**